

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Bestellungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7078.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Wittwoch, den 28. Mai 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Wahre Not der Landwirtschaft.

In unserer Zeit der zollpolitischen Kämpfe wissen so viele Grafen, Barone und Rittergutsbesitzer von der Not der Landwirtschaft zu erzählen. Ein großer Teil der landwirtschaftlich thätigen Bevölkerung aber steht dabei still beiseite; noch niemals hat man in der Öffentlichkeit ein Wort der Klage aus seinem Munde vernommen. Und doch, wenn gerade diese Leute reden wollten, ja reden könnten, würde die Welt von ihnen Dinge zu hören bekommen, die alles menschliche Empfinden zu einem Sturm sittlicher Empörung aufrütteln würden.

Das aber ist die Tragik ihres Geschicks, daß gerade dem fleißigen Elend mit seiner Unbildung, Stumpfsinnigkeit und slavischen Ergebenheit nicht jene Kraft des „Schreiens“ gegeben ist, die nicht mit Unrecht im Circus Busch als wirksames Mittel zur Durchsetzung von Forderungen empfohlen worden ist. Die Landarbeiter können nicht schreiben, ja sie können sich der Welt nicht einmal aus eigener Kraft verständlich machen. Unsere klugen Regierungen lieben bei ihren offiziellen Untersuchungen (Ende der vierziger, Anfang der sechziger, Anfang der neunziger Jahre) ihre — Arbeitgeber für sie reden. Nun ergreifen — und das ist unter den gegebenen Verhältnissen immer schon ein Fortschritt — die Pastoren für sie das Wort. Auf Anregung seines früheren Generalsekretärs Paul Schreyer hat der Evangelisch-social Kongress den Heidelberger Professor Max Weber mit der Herausgabe von Einzel-darstellungen über die Landarbeiterfrage betraut, deren Material auf den Erhebungen protestantischer Seelsorger fußen soll. Von diesen Darstellungen ist eben das dritte Heft erschienen. Es behandelt die Lage der Landarbeiter in den Regierungsbezirken Liegnitz und Breslau, in der Niederlausitz und dem Kreise Krossen.)

Allerdings hat das Programm dieser Veranstaltung, die Heranziehung der Landgeistlichen als „unparteiischen Gewährsmännern“, auch seine sehr bedenklichen Seiten. Wer in gewissen Fällen nicht Partei zu ergreifen versteht, wird von selbst Diener des sehr parteiischen Interesses einer regierenden Klasse. Manche der Gewährsmänner haben sich aber nicht einmal mit dieser „Unparteilichkeit“ genügen lassen, sondern haben direkt die Partei der herrschenden Mächte ergriffen. Wenn z. B. einer der geistlichen Herren sagt, daß der städtische Arbeiter lieber verhungere, als daß er seine „bewohnten Glieder“ für die landwirtschaftliche Arbeit herbeibringt, erwidert man unschwer, woher der Wind weht. Mit Befriedigung wird die Verbreitung der Hülfe-Traktaturen (von denen bekanntlich eine, die Verteidigung der Juchthausvorlage betreffend, aus der 12000 Mark-Viebesgabe besorgt wurde) oder der Städtischen Festsprechungen hervorgehoben. Daß der Gutbesitzer gegen die socialdemokratische Agitation „die nötige Gegenwirkung“ besorge, oder daß die seltenen Konfabinaten „meist durch die Behörden getrennt werden“, scheint bei den geistlichen Herren eher Beifall als Mißbilligung zu finden. Die Kirchengläubigkeit wird eben so gut wie die — landwirtschaftliche Kinderarbeit als ein wichtiges Erziehungsmittel gepriesen.

Trotz alledem wird in dieser „unparteilichen“ Darstellung ein wahrhaft erschütterndes Bild von der Lage der Landarbeiter aufgerollt.

Die Löhne, die im Regierungsbezirk Liegnitz für Aechte gezahlt werden, reichen bis auf 54 und 60 M. jährlich (nebst „entsprechender“ Wohnung und Kost) herab, bei Kleinwägigen bis 30 M. jährlich! Lediges, vom Arbeitgeber nicht bezahltes Gefinde erhält bar etwa 90—120 M. jährlich, das übrige in Deputaten, deren Wert der Beköstigung entspricht. Rechnen man das Deputat in Geldlohn um, so ergibt sich, daß ein „Bogel“, also ein hervorragend „gut“ gestellter Arbeiter, ein Gesamtinkommen von 475 M. jährlich bezieht. Im Regierungsbezirk Breslau schwankt das Einkommen einer Tagelöhnerfamilie zwischen 400 und 450 M.!

Die Nahrung besteht bei allen Arbeiterkategorien aus Brot und Kartoffeln. Gemüse und Reis sind Festgerichte. Fleisch giebt es meist nur Sonntags, oft nur an jedem zweiten Sonntag. Das Brot wird mit Butter, Margarine, Weizen oder Rübensyrup gestrichen. Hier ein agrarischer Speisezettel aus Krossen:

Beim Aufstehen: Kaffee und Kartoffeln oder Kaffee, Brot und Quark oder Fett. (Butter bekommt das Gefinde nur ausnahmsweise.)
 Zweites Frühstück: Kaffee, Brot mit Fett. Mittags: Kartoffelspeisen und Kraut, im Sommer vielleicht Kartoffeln mit Gurkensalat, oder auch nur Kartoffeln, abends: wieder Kartoffeln; zu jeder Mahlzeit Kaffee, dazu reichlich Hirse, Grütze, Bohnen, Erbsen, auch Suppen an Stelle des Kaffees.

Bei einer so reizlosen Ernährung, deren geschmacklose, möglichsst ökonomische Zubereitung noch das ihre beiträgt, ist das Ueberhandnehmen der Schnapspest eine fast mathematische Notwendigkeit. Ganz entsetzlich ist ein Bild aus der westlichen Ebene in Liegnitz:

„Der Schnapsverbrauch ist erschreckend groß; einzelne trinken 1 Liter und mehr pro Tag, der Handtrunk ist vorherrschend, der Umfang des Konsums der Schenken und Verkaufsstellen ist leider nicht festzustellen, doch kommen auf 1500 Seelen 7 Schenken und 2 Verkaufsstellen für Schnaps. Auch Frauen kaufen und kleinen Trinkgebern wird ein Schnapszulp in den Mund gesteckt, damit sie ruhig werden.“

*) Dr. Alfred Lee. Die Landarbeiter in Nieder- und Mittel-sachsen und der Südhälfte der Mark Brandenburg. Tübingen, 1902, Verlag der G. Lapp'schen Buchhandlung.

Das übereinstimmend als wirksames Mittel gegen diese entsetzliche der Seuchen gepriesen wird, eine fremdliche gesunde Wohnung bleibt diesen Unglücklichen auch versagt. Viele schlafen in Ställen, engen Dachkammern, selbst in Scheunen. Die Ueberfüllung der Arbeiterwohnungen ist bei Großgrundbesitz schlimmer als auf Bauernwirtschaften. Daß mehrere Personen ein Bett benutzen, gilt als selbstverständlich. Die Stuben sind ungediebt, mit Flecht- oder Feldsteinen gepflastert, Holzteile bleiben ungestrichen und unsauber. Selbst wenn die Wohnungen besser sind, ziehen die Arbeiter das „Einliegen“ im Dorfe vor, weil sie sich dort freier fühlen. Dort geben sie sich mit niedrigen dumpfen Gelassen zufrieden, in denen, wie in der Umgebung von Liegnitz, „geschlechtliche Trennung selten durchführbar“ ist.

Frauenarbeit ist natürlich allgemein, oft fallen den Frauen auch schwere Arbeiten zu. Dasselbe gilt von der Kinderarbeit. In Striegau beträgt die Sterblichkeit der Kinder unter 14 Jahren mehr als 50 Prozent! Stupidität, Aethimie, Verkümmung der Gestalt, Skolose behaften oft die Ueberlebenden.

Gegen die Altersversicherung hat man eine starke Abneigung. Denn „ländliche Arbeiter werden sehr selten 70 Jahre alt“. Frauen verblühen rasch und Männer sterben vorzeitig an Entkräftung.

Die Behandlung der Arbeiter wird oft als „roh“, „grob“, „barbar“, „brutal“ oder als „Knechtens Benehmen“ gekennzeichnet. „Wo Mangel an Arbeitskräften vorherrscht, ist der Ton vorfälliger.“ „Unsittliche Beziehungen zwischen Gutsherrn und Arbeiterinnen werden in größerem Umfange konstatiert.“

Diese gedrücktesten aller Unterdrückten haben zur Besserung ihrer Lage bisher nichts zu unternehmen gewillt. „Landarbeiter-Verbände giebt es nirgends, auch fehlen dazu alle Anfänge.“ Nur soweit haben sie es gebracht, daß sie nur selten mehr geschlagen werden! Dem: „Vergleichen lassen sich die Arbeiter heute doch kaum noch (!) irgendwas gefallen.“ Die socialistische Agitation, auf die die Herren Pastoren natürlich schlecht zu sprechen sind, ist noch wenig entwickelt. Darüber wird berichtet:

„Die socialistische Agitation ist übrigens verhältnismäßig gering. In vielen Bezirken wird sie direkt als nicht vorhanden bezeichnet, wenn auch manche Verächterstatter meinen, daß der Boden genügend vorbereitet sei. Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen, Klagen über Steuerdruck, Abneigung gegen die vermögenden Klassen, Verbitterung über Vorrechte der Dominien werden hervorgehoben. Der Bericht Ludow führt aus: „Die wachsende Genußsucht (N) der arbeitenden Klasse und der Autoritäten gegenüber wenig pietätvolle Sinn, der krankhafte gesteigerte Individualismus, würde bei weniger Resignation und Selbstmitleid, die der Bevölkerung eigentümlich sind, eine große sociale Gefahr in sich bergen. Andererseits ist der Eigen-sinn, die Habsucht, die Viehlosigkeit der Arbeit-geber außerst groß und trägt ebenso große und schwere Schuld an der bedenklichen Spannung, die den öffentlichen Frieden bedroht.“

So Agitation vorkommt, handelt es sich zumeist nur um Verbreitung von Aufrufen, Flugblättern, Zeitungen, „gelegentliche Einmischung von Zeitungen“, hauptsächlich zur Zeit der Reichstagswahlen, selten um Versammlungen.

Warum die socialdemokratischen Versammlungen in den ländlichen Gegenden Schlesiens und den südlichen Brandenburg so selten sind, wird allerdings nicht gesagt.

Mehrfach wird berichtet, daß die städtischen Arbeiter, wo sie mit ländlichen zusammentreffen, sich laienmäßig von ihnen abschließen. Wenn das wahr ist, wird die städtische Agitation ihr Augenmerk darauf zu richten haben, daß der Proletarier der Stadt seinen unglücklichen und zurückgebliebenen Kameraden vom Lande als seinen Klassengenossen zu behandeln und ihn anzuklären lerne. Für uns beweist der Bericht der Pastoren nur, welche großen und beschwerlichen, aber auch notwendigen und dankbaren Aufgaben noch der Lösung durch unsre Partei harren. Weiß unsre Propaganda mehr und mehr das flache Land zu gewinnen, so werden die geistlichen Herren bald vielleicht mehr über „sittliche Verwahrlosung“ in ihrem Sinne, sicher aber weniger von Elend und Anechtschaft zu erzählen wissen. Die zu geringe Entfaltung unsrer Partei auf dem Lande ist und bleibt doch die wahre Not der Landwirtschaft.“

Politische Ueberblick.

Berlin, den 27. Mai.

Die Wechsel des Grafen Bülow.

Als einen ersten Wechsel bezeichnete Graf Bülow, der preussische Ministerpräsident, am Dienstag im preussischen Abgeordnetenhaus die Viertel-Milliarden-Vorlage zum Auslauf des Polenums. Graf Bülow hat während seiner Regierungstätigkeit schon recht hübsche Wechsel fabriziert; er bevorzugt anscheinend die runden Vierhunderttausend. So hoch war der China-Wechsel, so hoch ist jetzt der erste Polenwechsel. Leider muß diese Bülowischen Wechsel die breite Masse bezahlen, die als Entgelt nur die Betsprechung erhält, daß in fünfzig oder hundert Jahren die schönsten Früchte reifen würden.

Das ist die allernächste preussisch-deutsche Regierungsmode: Man hat keinen Augenblick Zeit und Geduld, um mit hundertten von Millionen Barbareien, Kulturwidrigkeiten und Niederlagen zu erlaufen; man brennt vor Begierde, Milliarden so rasch wie möglich zu verschleudern. Wenn aber nach den Erfolgen der furchtbaren Opfer gefragt wird, dann mahnt

man zur Geduld, die neben der Ruhe die hervor-ragendste Bürgerpflicht ist. Gewiß, wir haben — außer dem Hummercruken — in China keine sichtbaren Erfolge erzielt, aber wartet nur: in hundert Jahren! Allerdings die 200 Millionen, die bisher für die „Germanisierung“ Polens ausgegeben worden sind, haben nur das Gegenteil der angelegentlich bezweckten Absichten zur Folge gehabt, aber nur Geduld: in hundert Jahren wird sich die Sache herrlich gestalten! Welch eine weitläufige Wechsel-politik: das Volk muß unverzüglich auf den Regierungswechsel Hunderte von Millionen hergeben, die Wiedergabe jedoch wird nach fünfzig, nach hundert Jahren, wenn nichts dazwischen kommt, möglicherweise bewerkstelligt werden. Eine rechte und echte Pump-politik! Im Plane hinein, eine Politik der windigsten Verköstigungen und Anweisungen auf die fernste Zukunft. . . .

Mit einer ganz ungewöhnlichen Eile hat man die Polenvorlage vor den Landtag gebracht. In den Pfingstferien tauchte die Viertel-Milliarden-Forderung plötzlich auf; bereits in der ersten Sitzung nach den Ferien mußte sich das Abgeordnetenhaus mit ihr beschäftigen. Die ganze Vorlage, hinter der offenbar starke Einflüsse spielen, sieht aus wie eine eilige, herrische Randbemerkung, sie ist mehr ein gebieterischer Zahlungsbefehl als ein begründeter Gesetzentwurf. Die vielen deutschen und wenigen polnischen Grundbesitzer, die von Staatswegen ausgeliefert zu werden wünschen, müssen höchste Eile haben.

Verheerlich bot am Dienstag das Abgeordnetenhaus den Kritik, als händen große politische Debatten bevor. Die Tribünen waren überfüllt, die Zuschauerkarten völlig verzerrt, ein im Land-tage seltenes Ereignis. Am Ministerisch erschien der Minister-präsident Graf Bülow mit dem Kammerer Reichert v. Hammerstein, Präst. v. Rheinbaben, v. Poddorski und einem ganzen Haufen von Regierungskommissaren. Die Ränke der Abgeordneten wiesen allerdings starke Lücken auf.

Aber die Zuhörer wurden bitter enttäuscht. Die Debatte war langweilig und temperamentlos. Graf Bülow hatte nicht einmal die ihm sonst eigene Anmüthigkeit des Tischredners. Er zeigte eine ganz auffällige Müdigkeit, als ob ihm das Regieren und Gieren gar keinen Spaß mehr macht, wie ein Seins-Gewesener, der vor dem Tode noch matt den pflichtgemäßen Gruß sammelt. Auf Gründe hat der Graf niemals etwas gegeben, aber er trägt sein Inhalt-loshkeiten jetzt nicht einmal mehr mit einiger Salon-Travail vor. Nicht von Goethe, Herles, Kant! Nur einmal citierte er seinen Untervorgänger, den er — damit nicht etwa jemand an den kleinen Hohenlohe dächte — den Großen nannte. Er sagte seine einsidrierte Rede, mit der er die Verhandlungen einleitete, matt her und betrugte sich in dem ihm eigentümlichen Kurvengang der Wädersprüche. Graf Bülow ist kein Freund von heimlichen Polizeihilfen, er will keine Politik der Radeltische treiben, aber trotzdem verteidigt er eine Vorlage, die eine ganze Klasse der Bevölkerung unter ein Ausnahmefolge stellt. Die bisherige Polenpolitik der Regierung hat sich nach seiner Ansicht bewährt und das Deutschtum im Osten gestärkt. Trotzdem werden die Deutschen von den Polen immer mehr zurückgedrängt, und die Regierung verlangt neue Mittel zur Stärkung des Deutschtums. Großen Wert legt er insbesondere auf die Domänenpachtung, durch die sich die Regierung gefähige Elemente schaffen will; sehr spähhaft sprach er von deutschen Pächtern und zuverlässigen Arbeitern, womit er die Talsache, daß es sich um polnische Arbeiter auf den „Germanisierungs“-Domänen handelt, zart umschleibt. Im nächsten Winter will er mit weiteren „Wechseln“ an das Haus kommen. Und das alles, obwohl das Deutschtum im Osten durch die Ansiedlungspolitik so wunderbar gestärkt ist!

Charakteristisch war das Verhalten des Centrums, das augen-scheinlich keine Reizung hat, um der Polen Willen es mit der Regierung zu verderben. Der einen frischen Ton lebende Herr Nören, der ursprünglich reden sollte, mußte an einem Katarth erkranken und konnte deshalb nicht seine in den polnischen Fragen sehr energische Opposition beibehalten. Es redete also der frähere Dr. Frigen. Wäher hatte das Centrum in der Ansiedlungs-politik stets eine Verletzung des § 6 der Verfassung erblickt, der die Gleichheit aller Preußen vor dem Gesetze garantiert. Von diesem prinzipiellen Standpunkte ist das Centrum über Nacht abgekommen. Herr Frigen erklärte zwar die bisherige Polenpolitik für ein Unrecht; auch gab er zu, daß diese Politik keinen Erfolg gehabt hat, aber er konnte sich nicht zu einer runden Ablehnung der Vorlage entschließen, sondern beantragte Kommissionsberatung.

Je „staatsmännischer“ das Auftreten des Centrums war, desto mehr imponierten die Polen, die nach einer kurzen entschiedenen Erklärung des Abg. Szuman gegen das Gesetz demonstrativ den Saal verlassen und dadurch bekundeten, daß sie es nicht der Mühe für wert hielten, sich an der Art des „geistigen“ Kampfes, wie ihn die Regierung beliebt, zu beteiligen.

Die Herren Liedemann (fl.), Dr. Sattler (nall.) und andere Polenfreier hielten dann ihre üblichen Curra-Meden, und er-läuzten sich schon im voraus mit allen weiteren Maßnahmen gegen die Polen einverstanden, obwohl sie sie noch nicht kennen. Abg. Ehlers hielt eine freisinnig vereinigte Einzelred — Andererseits — Rede, und nur Abg. Richter (fr. Sp.) wandte sich ungewöhnlich mit mancher scharf gefühlvollen Pointe gegen die Ausnahmefolge-gewegung, von der er eine weitere Stärkung der großpolnischen Bewegung vorantreibt, genau wie auch das Socialistengesetz die Socialdemokratie und der Kulturkampf das Centrum nur noch fester zusammengekniet habe.

Der Minister v. Rheinbaben — neuerdings im Finanz-ministerium wohnend — versuchte eine Erwiderung; er sprach die Abnung aus, daß die Ansiedlungspolitik in hundert Jahren bestimmt gute Wirkungen zeitigen werde; er wie Graf Bülow wird verunmüth nicht in die Lage kommen, an die Erfüllung dieser Ankündigung gemahnt zu werden.

Nach weiteren belangreichen Bemerkungen wurde die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Am Mittwoch steht das Gesetz betreffend die Ausbildung zum Verwaltungsdienst und das Ausführungsgesetz zum Fleischbesam-Gesetz auf der Tagesordnung.

Fleischnot.

Aus Königsberg i. Pr. wird uns geschrieben:

Die Frage der Königsberger Fleischversorgung beschäftigt seit Jahr und Tag die Stadtverwaltung. Die Fleischpreise haben hier im Osten, den manche Leute im Westen noch immer für eine Gegend mit niedrigen Preisen halten, eine solche Höhe erreicht, daß viele Kreise der Arbeiterbevölkerung kein Schweinefleisch mehr kaufen können. So lange aus Russland kein Schweinefleisch mehr kam, waren die Preise für Schweinefleisch niedrig. Das Verbot der Einfuhr lebender Schweine vom Jahre 1885 machte die Preise wesentlich steigen. Es folgte im März des Jahres 1896 das Verbot der Einfuhr frischen Fleisches aus Russland und im Juli 1896 das Verbot auf alle Zubereitungen aus Schweinefleisch russischen Ursprungs, — alles im Interesse der Volksgesundheit.

Die arbeitende Bevölkerung hat sich seitdem das Fleischessen immer mehr abgewöhnt. Die Fleischpreise zeigten eine sehr intensive Aufwärtsbewegung. Im Jahre 1896, als das letzte Einfuhrverbot erlassen wurde, betrug der Preis für das Kilogramm Schweinefleisch 106,25 Pf.; er stieg bis zum Sommer 1898 auf 138,75 Pf., also um 32,50 Pf. Seitdem ist auch die Einfuhr von Fleisch auf dem Seewege nach Königsberg aus Nord- und Südamerika sowie zuletzt auch aus Australien durch weitere gesetzgebende Maßnahmen verhindert. Im Dezember 1901 war der Preis für 1 Kilogramm Schweinefleisch schon auf 141,25 Pf. gestiegen und hält sich seitdem auf dieser Höhe; die Preissteigerung beträgt seit 1896 genau 35 Pfennige.

Königsberg ist wegen seiner geographischen Lage in jeder wirtschaftlichen Hinsicht, so auch wegen seiner Fleischversorgung ganz naturgemäß auf Russland angewiesen. Der schmale Streifen deutschen Hinterlandes zwischen Königsberg und Ostpreußen. In Bezug auf die Fleischversorgung wird um daraus hingewiesen, daß Ostpreußen eine sehr reichliche Provinz ist und daß außer Königsberg große Märkte fern ab liegen. Das ist zwar richtig, aber es werden ganz gewaltige Mengen Vieh aus Ostpreußen dem Westen — meistens durch Vermittelung des Berliner Viehmärktes — zugeführt. Im Jahre 1898/99 führte Ostpreußen 416 000 Schweine mehr aus als ein. Zahlreiche Händler kaufen das Vieh in den Ställen auf. Die Folge ist nicht nur die, daß trotz aller Versuchen kein nennenswerter Viehhandel in Königsberg zu Hande kommt, sondern daß Königsberg auch noch auf die schlechtere Ware angewiesen ist. Der Mangel an Schweinen macht sich gegenwärtig in Königsberg in der allerempfindlichsten Weise bemerkbar.

Die bedeutende Steigerung des Preises für Schweinefleisch hat einen bedeutenden Rückgang des Verbrauchs zur Folge gehabt. Im letzten Jahre ist der Verbrauch von Schweinefleisch um 4,1 Kilogramm gegen das Vorjahr für jeden Kopf der Bevölkerung zurückgegangen. In der Zeit vom 1. April 1901 bis 1. April 1902 sind allein 10 775 Schweine weniger zum Verzehr gelangt als in dem gleichen Zeitraum des voranstehenden Jahres.

Die städtischen Körperlichkeiten haben, wie schon früher erwähnt, sich jetzt mit einer Eingabe an die maßgebenden Regierungsorgane gewandt, in der sie darum ersuchen, daß für einige Zeit die landespolizeilichen Anordnungen wegen des Verbots der Schweineeinfuhr eine Abänderung dahin erfahren, daß wöchentlich mindestens 1000 Schweine aus Russland unter Zollverschluss auf dem Eisenbahnwege unmittelbar dem Königsberger Schlachthof zur sofortigen Abchlachtung zugeführt werden dürfen.

Zur Begründung des Gesuches wird betont, daß die ärmere Bevölkerung der Stadt mangelhaft auf längere Zeit in dem Umfange ihre Ernährung beschränken kann, wie es jetzt leider geschehen muß. Bei dem gegenwärtigen schlechten Arbeitsverdienste habe ein sehr großer Teil der minderbemittelten Einwohner während einer Reihe von Monaten auf den Fleischgenuss überhaupt verzichten müssen. Die ungenügende Ernährung führe zur Verminderung breiter Volksmassen und bedinge den körperlichen und sittlichen Verfall derselben. Die Staatsraison erfordere gebieterisch ein Eingreifen der Staatsbehörden, zumal die ungünstige wirtschaftliche Lage den Verdienst der Arbeiter ohnehin erheblich gemindert habe.

Hoffnung kann nicht darauf gehegt werden, daß die teilweise Freigabe der Einfuhr von Schweinen gestattet wird. Was bedeuten Staatsraison und hungernde Arbeiter gegenüber dem Profit der ostpreussischen Agrarier! —

Die belgischen Wahlen

haben, das geht aus den nunmehr vorliegenden Meldungen deutlich hervor, die Herrschaft des Merkantilismus nicht zu erschüttern vermocht, sie haben im Gegenteil mit einem Siege desselben und mit einer Schlage der Sozialisten und Liberalen geendet. Der „Peuple“ giebt denn auch ohne weiteres zu, daß der Wahlausfall die Macht der Merkantilen verstärkt hat und für die Sozialisten einen Rückschlag bedeutet. Der Rückschlag für die Sozialdemokratie ist allerdings zum Glück kein bedeutender — so sind im Arrondissement Verviers die sozialistischen Stimmen von 59 000 auf 57 000, und im Arrondissement Charleroi von 70 000 auf 73 000 zurückgegangen — und die Zahl der Mandate hat sich sogar durch Erwerbung mehrerer der 14 neugeschaffenen Kammerstimme vermehrt, allein für eine die Erhebung der politischen Gewalt beabsichtigende Kampfpartei, wie die Sozialdemokratie, bedeutet auch schon eine kleine Schlage eine empfindliche Enttäuschung.

Die Unterjüngung der Ursachen dieses Rückganges der sozialdemokratischen Stimmen mag einer späteren Zeit vorbehalten bleiben; ferner scheint indes sicher zu sein, daß die gezeichnete Revisionsbewegung unter belgischen Wählerpartei nicht genügt, sondern geschadet hat. Das Gros ihrer Anhänger ist ihr ja treu geblieben, allein der Fehlschlag der Wahlrechtsbewegung hat ihren Nimbus und ihre Anziehungskraft für die Masse nicht zu vermehren vermocht. Wenn man wagt, die Brutalität der Regierung bei der Niederschlagung der Wahlrechtsdemonstrationen und die unverdächtige Haltung des Königs werde der Opposition Scharen neuer Anhänger zuführen, so hat man sich getäuscht. Der Mißerfolg und die Fehler der Revisionsbewegung haben augenscheinlich eine stärkere Verstärkung hervorgerufen, als die Brutalität der Regierung. Die Optimisten bei der Beurteilung der Wahlrechtskampagne, die sich trotz der auch gerade wegen deren Mißerfolg einen agitatorischen Erfolg für die Wahlen versprochen, haben leider nicht recht behalten.

Die endgültige Zusammensetzung der neuen Kammer steht übrigens noch immer nicht endgültig fest. Während ein Volksstimme Telegramm 90 Merkantile, 84 Liberale, 34 Sozialisten und 2 Dönnissen, also eine Regierungsmehrheit von 28 Stimmen herausrechnet, spricht der „Peuple“ in seiner Dienstagsnummer von 94 Merkantilen, 35 Sozialisten, 32 Liberalen und 2 Dönnissen, so daß die Merkantile Majorität nur aus 24 Stimmen bestehen würde, gegenüber der alten Zusammensetzung der Kammer aus 87 Merkantilen, 31 Sozialisten, 33 Liberalen und 1 Dönnissen.

Der Senat wird künftig aus 62 Katholiken, 41 fortschrittlichen Liberalen und 6 Sozialisten (?) zusammengesetzt sein. Die Regierungsmehrheit beträgt im Senat 15 Stimmen, eine Stimme mehr als bisher. —

Deutsches Reich.

Aus der Zolltarif-Kommission.

Die Kommission tagt noch ohne Diäten und ohne Accordlohn. Das Zolltarif-Gesetz ist noch nicht im Reichs-Gesetzblatt publiziert und tritt erst 14 Tage nach seiner Publikation in Kraft. Trotzdem setzte die Kommission bereits für diese Woche eine sechsstündige Arbeitszeit (10—1 und 2—5) als Regel fest.

Die Vornmittags-Sitzung begann mit der Beratung des dritten Abschnitts des Zolltarifs (Wachs, Kerzenstoffe, Licht, Seifen, Wagenschmiere und dergleichen), bei einzelnen Positionen sind Erhöhungen vorgeschlagen. So bei der Stearin säure und dem Stearin. Zielen auch die Anträge auf Zollfreiheit, so betrug doch das Interesse auf die Wachswarenfabrikation eine knappe Mehrheit, diese Zollfreiheit abzulehnen. Die Mehrheit war vornmittags offenbar noch abgemacht und wenig redbüßig, so daß die Minderheit die Kosten der Debatte fast allein zu tragen hatte. Diese Ruhe wurde auf kurze Zeit bei der Position Wagenschmiere unterbrochen. Der bestehende Zoll beträgt 8 bis 10 Mark, die Vorlage schlägt durchweg 6 Mark vor. Im Interesse der kleinen Handwerker und kleinen Bauern traten die Sozialdemokraten für Freistellung vom Zoll ein. Da glaubte der Vorsitzende Mettich auch an der Debatte sich beteiligen zu müssen. Er gab zu, daß die Wagenschmiere vom Bauer gebraucht werde, aber, meinte er, gerade bei der Wagenschmiere werde der Bauer häufig recht tüchtig durch schlechtes Zeug angelächert — also müsse der Zoll eingeführt werden. Unter Heiterkeit wurde ihm erwidert, daß Wagenschmiere ja in weit größerer Menge aus- als eingeführt wird und demnach der Anschlämer ein deutscher Fabrikant ist, der nun auch noch eine Prämie dafür bekommen solle. Trotzdem wurde gegen das Interesse der Kleinbauern der Zoll auf Wagenschmiere nach dem Vorschlag der Regierung festgelegt.

Der nächste Abschnitt (Chemische Grundstoffe, Säure, Salze usw.) gelangte in der Nachmittags-Sitzung zur Debatte. Die Debatte wurde durch einen Antrag des freiconservativen Dr. Krenndt, das zollfreie Brom mit 100 Mark zu besteuern, zu einer recht lebhaften. Brom wird fast nur von Deutschland (etwa 400 Tonnen) und Amerika (ca. 200 Tonnen) produziert. Die Bromfabrikanten haben sich kartelliert, um die Konsumenten besser auszustatten zu können. Die Vereinigten Chemischen Fabriken zu Leopoldsdorf verlangen nun, da das Kartell mit dem 30. September zu Ende geht, einen Kampfzoll von 100 Mark pro Doppelcentner. Brom wird in ca. 2000 Doppelcentnern ausgeführt, kaum 1 Centner wird eingeführt. Durch den Zoll würden viele Industrien, so die Farbstoff-Industrien und photographische Industrie und die Pharmazie schwer geschädigt werden. Unter diesen Umständen bezeichnet die Petition, wie der Abgeordnete Mollenhuth bemerkte, den Spindel der Unversöhnlichkeit, die von Interessenten je dem Reichstage geboten sind. Mit knapper Mehrheit wurde das von den Konservativen, Nationalliberalen und Freiconservativen unterstützte Zoll-Aufstiumen abgelehnt. — Beim Phosphor, der bisher zollfrei ist und den die Vorlage mit 15 bis 20 Mark pro Doppelcentner besteuern wollte, gelang es, die Zollfreiheit durchzusetzen.

Am Mittwoch wird die Beratung bei der Position 270 (Salzsäure) fortgesetzt werden. —

Die Interkommission des Reichstags hielt Dienstag ihre erste wöchentliche Beratung ab. Die behandelten Einzelheiten haben für die größere Öffentlichkeit geringeres Interesse. Auch eine bestimmte Mehrheitsstimmung trat bisher kaum zu Tage und die ganze (General- und Special-) Diskussion über die internationale Brüsseler Konvention verlief recht flau. Abstimmungen fanden noch nicht statt, da noch der Brüsseler Konvention erst das Inkrafttreten durchgenommen werden soll. In der Special-erörterung der Konvention kam man bis zu Artikel 4. —

Die Schenkung der Statue des alten Fritz bereitet dem Präsidenten Roosevelt nicht geringe Unannehmlichkeiten. Wie schon mitgeteilt, hat der Deputierte für Texas, Stephens, eine Resolution eingebracht, die sich gegen die Annahme solcher Statuen wendet. Diefelbe hat folgenden Wortlaut:

„Die Vereinigten Staaten dürfen Statuen von Königen, Kaisern, Prinzen oder Potentaten, die im Namen des sogenannten Gottesgnadentums über Völker regieren haben oder noch regieren, nicht annehmen, noch auf öffentlichen Plätzen errichten. Eine solche Handlung von Seiten der Republik läme eine Verleugnung der Prinzipien, wie sie in unserer Erklärung der Menschenrechte und in unserer Konstitution niedergelegt, gleich und wäre eine Verleumdung des Gedächtnisses der Väter unserer Revolution.“

Die Vertreter der Regierung und der Regierungspartei machen alle Anstrengung, die Annahme dieser Resolution zu verhindern, denn die Annahme derselben würde einen Tadel des Präsidenten, der dieses Geschenk vom deutschen Kaiser angenommen hat, bedeuten. —

Ein Disziplinarverfahren ist gegen den ordentlichen Professor der philosophischen Fakultät der Universität Kiel, Lehmann-Hohenberg, eingeleitet worden. Der Minister sieht sich auf den § 23 Nummer 1 des Gesetzes vom 21. Juli 1882, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten. Zum Untersuchungs-Kommissar ist der Syndikus der Universität Kiel, Amtsgerichtsrat Paulsen, bestellt worden. In der Begründung heißt es: „wegen schwerer öffentlicher Beleidigungen hochgestellter Beamten, nämlich des Herrn Kriegsministers und des Herrn Justizministers sowie der Juristen des Deutschen Reiches durch ein offenes Schreiben an Se. Exzellenz den Kanzler des Deutschen Reiches, Herrn Grafen v. Bismarck. Es handelt sich darum, daß Professor Lehmann schon seit längerer Zeit gegen angelegliche Verleumdungen der Juristen Front macht. Er hat zu diesem Zwecke einen Verein „Rechtshund“ gegründet, giebt eine Zeitschrift gleichen Titels heraus und hat auch an verschiedenen Orten in öffentlichen Vorträgen Anhänger zu gewinnen gesucht. Den Anlaß zur Disziplinaruntersuchung soll ein offener Brief gegeben haben, den Professor Lehmann in Sachen des blindgeschossenen Hauptmanns Lühmer, dessen Angelegenheit noch kürzlich wieder im Reichstag besprochen wurde, an den Reichskanzler gerichtet hat.“

Professor Lehmann-Hohenberg, von Fach Mineraloge, hat sich schon früher durch Unterstützung der Goldschmied- und verwandter Bewegungen in weiteren Kreisen bekannt gemacht. Er hat diesen Bewegungen erhebliche materielle Opfer gebracht und auch im vorliegenden Falle zweifellos aus idealen Beweggründen gehandelt. Der Mann, der sich, statt sich ausschließlich in seinem gelehrten Spezialismus einzukapseln, mit öffentlichen Angelegenheiten zu befassen erdreistet hat, ist vermutlich schon lange ein Stein des Anstoßes, so daß man den vorliegenden Fall mit Eifer aufgegriffen haben dürfte, um dem unruhigen Geiste das Handwerk zu legen. Daher die disziplinarische Untersuchung, statt gegen den Uebelthäter einfach die Injurienklage anzustrengen. —

Zus Juchthaus! Das C. Strower Schörrgericht hatte den Arbeiter Harder aus Kamin in jenem untergehenden Prozeß wegen wissentlichen Meineids zu zwei Jahren Juchthaus verurteilt, weil nicht sicher festgestellt worden war, ob seine in einer Zeugenaussage gethane ganz nebensächliche Angabe richtig war, daß er vor 11 Uhr ein Gerichtsklammern mit Altsch ge-gessen habe.

Jetzt ist das furchtbare Urteil rechtskräftig geworden, nachdem das Reichsgericht die eingelegte Revision verworfen hat.

Die Teilnahme aller fähenden Menschen, des Proletariats insbesondere, begleitet dies Opfer einer besagendwerten Justiz in die Schreden des Juchthaus! —

Die Secunans-Ordnung ist nunmehr nach den Beschlüssen des Reichstages vom Bundesrat bestätigt worden. Ferner stimmte der Bundesrat den Ausführanträgen zu betreffend: die Resolutionen des Reichstages über die Abänderung der

Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Zinkhätten und über die reichsgesetzliche Regelung des Zrenwesens; endlich den Entwurf von Bestimmungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken. —

Kriegsgerichtliche Gründlichkeit. Beim Kriegsgericht wird mit einer peinlichen Gründlichkeit verhandelt. Mühe und Arbeit, sehr viel Arbeit wird nicht gescheut, um die Wahrheit zu ermitteln. Dieses ergab auch die Verhandlung wieder den Unteroffiziersführer Friedrich Eifert aus Weipensfel. Als die Sache jüngst in Halle zur Verhandlung stand, und 23 Zeugen in Uniform von Weipensfel unter Führung eines Unteroffiziers den Gerichtssaal betreten, glaubten die Richterstatter eine große Kapitalfrage zu hören zu bekommen. Sie trauten aber ihren Ohren nicht, als unter feierlicher Stille im Eröffnungsbeschluss mitgeteilt wurde, daß das Vergehen des Angeklagten darin bestehe, einen Kameraden eine Kleiderbürste entwendet zu haben. Nachdem man dann etwa eine Stunde verhandelt hatte, hielt man die Ladung des 24. Zeugen für notwendig und die Sache wurde verlag. Berechnet man die Bahnsahrt, die an die Soldaten gehaltenen Marksgeldern, die Voruntersuchung, die Arbeit des Sekretärs und der 5 Kriegsrichter, so ist dieser jedenfalls einzig dastehende Kleiderbürstenprozeß nicht den billigen Prozessen zuzurechnen und man braucht sich nicht zu wundern, wenn dem Kriegsgericht die Arbeit über den Kopf wächst.

Der sozialdemokratische Gesekentwurf über die Errichtung einer Arbeitskammer ist, wie uns geschrieben wird, von der Sonderkommission der Zweiten Kammer des Badischen Landtages abgelehnt worden. Neben dem Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion selbst war nur das demokratische Kommissionsmitglied mit dem Antrag im Prinzip einverstanden. Die Centrumslente äußerten durch den bequemen Einwand, es sei rechtlich unzulässig, diese Frage auf dem Wege der einzelstaatlichen Gesetzgebung zu lösen, um die Sache herumzukommen. Auch in diesem Falle zeigten sie sich ministerieller als der Minister selbst, der die von dem Centrumsjuristen Landgerichtsdirektor Jechter erhobenen staatsrechtlichen Bedenken als unbegründet erklärte. Dem Wunsch der nationalliberalen und liberalen Mehrheitspartei, unsere Fraktion möge den Antrag angesichts seiner Ausschließlichkeit noch vor der Beratung im Plenum zurückziehen, wird kaum entsprochen werden. Die liberalen „Vollstrecker“ werden von uns vielmehr gezwungen werden, in der Zweiten Kammer vor dem Forum des ganzen Landes hinsichtlich ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“ Farbe zu bekennen. —

Ausland.

Der Friede in Sicht?

Aus London kommt eine Nachricht, die zu betreiben scheint, daß man nicht nur in Vörsen- und Journalistenkreisen, sondern auch innerhalb der Regierung von den gegenwärtigen Friedensverhandlungen ein bedeutungsvolles Resultat erwartet. Im Unterhaus wurde am Dienstag zwar eine ministerielle Erklärung bezüglich der Friedensverhandlungen nicht abgegeben, allein Valfour vertagte die Beratung über das Etatsgesetz, die ursprünglich für diese Woche angelegt war, mit der Erklärung, daß es nicht angemessen sein würde, das Budget zu beraten, während andere Dinge in der Schwere wären.

Der Abschluß des Friedens würde auf den Etat natürlich nicht ohne Einfluß bleiben. Die Vertagung der Etatberatung könnte also bedeuten, daß die Regierung hofft, die definitive Festsetzung des Etats erst nach dem Abschluß des Friedens vornehmen zu lassen. Andererseits könnte freilich auch ein Scheitern der Friedensverhandlungen die Regierung zu erhöhten Etatforderungen veranlassen. Etwas Bestimmtes läßt sich also aus der Vertagung der Etatberatung nicht folgern, immerhin beweist das Verhalten der Regierung, daß man sich unmittelbar vor einer großen Entscheidung fählt.

Dem „Nenterschen Bureau“ wird aus Pretoria vom Montag gemeldet: In betreff der Friedensverhandlungen hegt man in Südafrika vorwiegend hoffnungsvolle Ansichten und es muß gesagt werden, daß diese Ansichten eine solide Grundlage haben. Die Verlängerung der Konferenz ist nicht notwendigerweise ein hoffnungsvolles Zeichen. Wenn auch die Delegierten die Hoffnung aufgegeben haben, die Unabhängigkeit der Republiken zu wahren, so giebt es doch noch mancherlei andre Punkte, über die eine Einigung noch nicht erzielt ist, und es besteht immer noch eine hartnäckige Widerheit, die thatsächlich eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten für den besten Ausweg aus der gegenwärtigen Lage anstiebt. Jeden Augenblick können die noch nicht erledigten Streitpunkte zu einem Abbruch der Verhandlungen führen, und es ist höchst unwahrscheinlich, daß diejenigen, welche für den Frieden sind, den Kampf aufgeben, so lange eine hinreichende Widerheit den Kampf fortzusetzen wünscht. Alle diese Punkte sind in Betracht zu ziehen, ehe man zu einem Urteil über den eventuellen Ausgang der Verhandlungen gelangen kann.

Der New Yorker Korrespondent der „Morning Post“ labelt: Meldungen aus Washington zufolge wurde das Staats-Departement von London in nicht offizieller Form informiert, daß es sich nur noch um die Entscheidung von Lebensfragen und Pörmlichkeiten handelt. Die förmliche Unterwerfung der Boeren werde vor Ende dieser Woche erfolgen. Zahlreiche Amerikaner bereiten sich zur Ueberfiedelung nach Südafrika vor, wo große amerikanische Kapitalien angelegt werden sollen. Amerikanische Handelshäuser haben erklärt, die kommerzielle Armee, die man jetzt nach Südafrika werfen werde, würde Großbritannien bei weitem lästiger werden, als die Boeren gewesen seien.

Neuseelands Premierminister.

London, 25. Mai

Mr. Seddon's Zug durch Südafrika wird von den Special-Berichterstattern und Nachrichtenbüros mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. In ihm sieht das britische Reich den Vertreter einer Kolonie, die den sozialen Imperialismus am deutlichsten verkörpert. Seddon's eifriger Imperialismus wird gegen diejenigen englischen Merkantilen angepielt, die die großen freihändlerischen Traditionen Englands wahren und im südafrikanischen Krieg nur einen kapitalistischen Raubkrieg gegen eine kleine demokratische Nation erblicken und auch als solchen brandmarken. Am 21. d. Mts. war Seddon in Johannesburg, wo ihm auf der Waise ein enthusiastischer Empfang bereitet wurde. Er hielt seine stereotypische Rede, die in der Forderung der unbedingten Unterwerfung der Boeren gipfelte, lobte Chamberlain als den größten Staatsmann des britischen Reiches und fügte hinzu, er gehe zur Krönung nach England, um an der kolonialen Konferenz teilzunehmen und den britischen Zollverein aufrichten zu helfen. Am 22. d. Mts. traf er in Pretoria ein, wo er dieselbe Rede hielt, und wurde von Lord Kitchener mit einer Einladung beehrt.

Gleichzeitig meldet die Londoner Presse, daß zahlreiche Verehrer Neuseelands umfassende Vorbereitungen treffen, Seddon bei seiner Rückkunft in London festlich zu empfangen.

Daß Seddon Imperialist ist, steht außer Frage. Wie verhält es sich aber mit seiner Sozialreform?

Darüber bringt der „Nation“ vom 23. d. M. folgende Nachricht aus Neuseeland: Seddon's Regierung hat die Arbeiterpolitik, die von Sir Georg Grey und John Wallace eingeleitet wurde, fortgeführt, aber sie legt ihr jetzt eine Bremse an. Die Bildung einer mächtigen Verbindung von Formern führte zu einer Vernachlässigung der Gewerkschaften, und als Beweis dafür darf man den

Entscheid des Obergerichts anführen, nach welchem das Schiedsamt nicht mehr die Gewerkschaftler bevorzugen darf. Seddon wurde zum schrecklichen Jingo und schied junge Leute nach Südafrika mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre. Die Munizipalreform wird fast vollständig vernachlässigt. Städtische Verkehrsmittel, Gas, Wasser, Markthallen — alles ist in den Händen von Monopolisten. Wir haben deshalb eine sozialistische Partei gegründet, denn eine einfache Arbeiterpartei genügt nicht. Tom Mann schloß sich uns an und ist Organisator der Partei.

Neuseeland war von den bürgerlichen Politikern ausser Acht gelassen, die den Beweis zu bilden, daß der Klassenkampf ein überwindener Standpunkt und deshalb die Gründung einer sozialistischen Partei schädlich sei. In diese Zeit scheint den Illusionen unserer Sozialpolitik nicht besonders günstig zu sein.

Ein Laffan-Telegramm meldet aus Bloemfontein: Der Premierminister der englischen Kolonie Neuseeland, Mr. Seddon, der seine zur Information auf den Kriegsschauplätzen unternommene Reise durch Südafrika beendet hat, erklärte hier in einer Rede, er reise jetzt nach London, um dort an der Konferenz der kolonialen Premierminister teilzunehmen, auf welcher eine engere Handelsverbindung aller Teile des britischen Reiches betrieben werden solle. Die Kolonie Neuseeland wünsche den Handel des Mutterlandes zu begünstigen und zwar entweder durch einen Vorzugstarif oder Zollnachlässe für auf britischen Schiffen importierte britische Waren. Aber England müsse gleichzeitig seinen alten selbstmörderischen Standpunkt bezüglich des Freihandels innerhalb der Reichsgrenzen aufgeben.

Schweiz.

Jülich, 26. Mai. (Fig. Ver.) Bei der gestern in Genf stattgefundenen Wahl der 5 Gemeinderäte (Magistrate) siegte die radikal-sozialistische Kompromissliste mit einer Mehrheit von 506 Stimmen über die Konserverativen. Von 10 068 Stimmberechtigten waren übrigens nur 4480 zur Urne gegangen. Von den 5 Gemeinderäten sind 3 Radikale, 1 Sozialist und 1 Konserverativer; der Sozialist ist der Genosse Renaud, der bisher schon dem Gemeinderat angehört und für den es sich daher nur um eine Wiederwahl handelte. Bei dieser Gelegenheit ist bemerkt, daß dem Genfer Großen Stadtrat nicht 6, sondern nur 5 Sozialdemokraten angehören, davon aber bis zur jüngsten Wahl nur 2 in dieser Behörde, die 45 Mitglieder zählt, saßen. Für die Parteiverhältnisse in Genf bezeichnend ist es, daß eine Gruppe „dissidenter Sozialdemokraten“ mit einer besonderen Liste vorging und auf ihre vier Kandidaten 45 bis 60 Stimmen vereinigte. Die Genossen in Genf müssen ins Auge fassen, einmal die ewige Kompromisserei mit den Radikalen aufzugeben und selbständig auch in alle Wahlen einzutreten, wie dies dem Wesen der proletarischen Klassenkampf-Partei entspricht. — Die Genossen in Basel nahmen in einer großen Parteiverammlung gegen das von uns erwähnte milde Urteil in Sachen der schweren Bankrottstrolche entschiedene Stellung. Einstimmig wurde folgende Protestresolution angenommen: „Die am 21. Mai im großen Saale der Burgvogel-Halle tagende, vom Arbeiterbund einberufene und von 1500 Personen besuchte Versammlung protestiert des aufrichtigsten gegen das Urteil des Strafgerichts betreffend den Vereinigung in der Wessendorferstraße. Sie betrachtet dieses Urteil als in seinem Verhältnis zu der Schuld, die den Leiter der Wessendorferstraße an diesem Unglück trifft. Ferner erachtet sie die Milde, die in diesem Falle geübt wurde, als im Gegensatz zu der Strenge, mit der in einer ganzen Anzahl von Fällen vom Strafgericht verfahren wurde, in denen Leute aus den unteren Volksschichten auf der Anklagebank saßen. Angesichts des Umstandes, daß Linder sich weigert, die Entschuldigungsverordnungen der hergegriffenen Hinterlassenen auf gutlichem Wege zu erledigen und diese von schwerem Unglück Betroffenen zwingt, vor dem Zivilgericht ihre Entschuldigungsverordnungen geltend zu machen, hält die Versammlung die Jubiligung milderer Umstände für vollständig ungerechtfertigt.“ Der Staatsanwalt hat gegen das milde Urteil Berufung eingelegt.

Frankreich.

Die Eröffnung der Kammer wird, wie schon früher mitgeteilt, am 1. Juni erfolgen; der Senat wird am 3. Juni zusammentreten. Das Mandat der alten Kammer läuft am 31. Mai ab und nach der Verfassung muß deswegen die Kammer am 1. Juni, obgleich dieser ein Sonntag ist, zusammentreten. Es wird sich aber lediglich um eine formelle Sitzung handeln, in welcher die Bureauwahlen vorgenommen werden.

Die alljährliche Gedächtnisfeier der blutigen Mittwoch auf dem Père-Lachaise-Friedhof, die am letzten Sonntag stattfand, bot daselbst empörende Schauspiele wie immer in den letzten fünf bis sechs Jahren. Das Pariser Proletariat darf nicht seine Toten unbesorgt ehren. Die Manifestanten werden in kleine Gruppen geteilt, die zwischen ein Polizeipalier stumm bis zur Föderierten-Mauer zu defilieren haben. An der Mauer dürfen keine Reden gehalten werden. Jeder Ruf auf die Kommune wird mit Verhaftung oder einem Verhaftungsversuch geahndet. Gestern hat sich die Polizei vielleicht noch brutaler und herausfordernder benommen als sonst — wohl zur Ehre der nummehrigen „Vollendung des Werkes der republikanischen Verleumdung“. Der Kranz des quodlibetischen Parteivorstandes wurde unterwegs beschlagnahmt wegen seiner Inschrift: „Den von der Bourgeoisieklasse Ermordeten“. Etwa 40 Teilnehmer wurden verhaftet, darunter der neugewählte sozialistische Abgeordnete Dr. Meulier. Etwa 10 Verhaftungen wurden aufrecht erhalten. Auf dem Rückweg organisierte Präfeld Lepine noch einen regelrechten Sturm auf ein Restaurant, wo zurückgekehrte Manifestanten besonnen saßen.

Angesichts der systematischen Demütigung der proletarischen Gedächtnisfeier durch die Polizei ist es begreiflich, wenn in der „Aurore“ die Frage aufgeworfen wird, ob es nicht besser wäre, auf den Besuch der Föderierten-Mauer zu verzichten, um sich mit Gedächtnis-Veranstaltungen zu begnügen.

Die Schwindelaffäre Humbert auch eine Mordaffäre?

Aus Paris wird gemeldet: Paris, 27. Mai. Wie bekannt, werden die Mitglieder der Familie Humbert für das Verschwinden von drei Personen verantwortlich gemacht, welche der Familie Humbert Gelder vorgestreckt hatten. Es handelt sich um die Gattinnen eines Arztes, eines Juweliers und einer dritten noch unbekanntem Persönlichkeit. Ein Berliner Blatt erhält über diese neue Wendung der Affäre noch folgende Details: Die „größte Gaunerei des Jahrhunderts“ scheint sich mit andern Verbrechen verwickeln zu wollen. Man bringt, wie bereits berichtet, den Mord des Viller-Bäckers Schotsmans, der 1899 im Vahnestiel getötet wurde, damit in Zusammenhang. Der Mord ist nie aufgeklärt worden. Man erzählt jetzt, Schotsmans habe der Humbert 1898 drei Millionen geliehen, die 1899 zahlbar waren. Der Mord geschah unmittelbar vor der Fälligkeit dieser Schuld und fiel mit der sonst nicht zu begründenden Anwesenheit Romain Daurignacs, eines Bruders der Humbert, in Lille zusammen. Aus dem Hintergrund taucht auch die Gestalt von Humbert Vater, dem großen Juristen und gewissenhaften Justizminister, in immer sonderbarer Beleuchtung auf. Es wird allgemein behauptet, er sei der eigentliche Erfinder der Gaunerei gewesen, habe sie durch standesamtliche Fälschungen ermöglicht, durch sein persönliches Ansehen gefördert und durch seine Verbindungen in der Welt der Richter aufrechterhalten. Man sagt ihm außerdem nach, er habe für seine Rolle beim Zusammenbruch der „Union générale“ (er ließ bekanntlich Contoux verhaften) 500 000 Fr. Bestechung bekommen.

Rußland.

Die Bauernunruhen im Gouvernement Saratow dauern fort. Die Unruhen haben bereits auf die Stadt Saratow übergegriffen, weshalb aus den nächstliegenden Gouvernements Militärverstärkungen herangezogen werden.

Norwegen.

Norwegens Neutralität. Das Storting behandelte am 24. Mai den vom Neutralitätskomitee gemachten Vorschlag, die Regierung anzufordern, wenn sie den Zeitpunkt für passend erachte, Verhandlungen über Norwegens und Schwedens permanente Neutralität anzuknüpfen und zu versuchen, diese Frage unter Formen, die die Freiheit und Selbständigkeit beider Reiche sichern, zu lösen. Staatsminister Plehr erklärte, daß die Regierung sich in jeder Hinsicht dem Vorschlage des Komitees anschließen werde. In der weiteren Verhandlung wurde noch darauf hingewiesen, daß das Komitee, abgesehen von übrigen Meinungsverschiedenheiten, von dem einen Wunsch besetzt gewesen sei, die Friedensfrage zu fördern und daß dieser Vorschlag, vom prinzipiellen Standpunkt betrachtet, ein großes Glied in der Arbeit für den Weltfrieden sei. — Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Amerika.

Trochender Indianerzustand in Kanada. „Daily Mail“ berichtet aus Ottawa: Große Unruhen drohen in Kanada während der Krönung König Edwards auszubrechen. Der bedeutende Indianerstamm Troquois will den Krieg gegen die Weißen erklären und zwar wegen der Haltung der kanadisch-englischen Regierung, welche sich geweigert habe, den Indianern ihre Rechte zu wahren. Seit längerer Zeit haben sich die Indianer gegen das Auftreten der weißen Bevölkerung in ihren Territorien beklagt, ohne jedoch Genehmigung seitens der kanadischen Regierung zu erhalten. Der Häuptling der Eingeborenen war sogar nach England gereist, um dort vorstellig zu werden, wurde aber abgewiesen. Seit seiner Rückkehr predigt er den Krieg gegen die Weißen, weil die Indianer sich ihre Rechte nicht nehmen lassen dürften.

Billiges Fleischangebot. Aus Buenos Aires wird gemeldet: Der Ackerbauminister giebt bekannt, die Maul- und Klauenseuche sei in Argentinien seit vielen Monaten erloschen. Sollte die Seuche wieder ausbrechen, so würde die Regierung sofort durch Erlass eines Viehtransportverbotes davon Kenntnis geben, da sie eifrig bemüht sei, den guten Ruf der Hauptquelle des Wohlstandes des Landes aufrecht zu erhalten. Es wird angenommen, daß bei den Nächsten mehr als fünf Millionen Stück junge Rinder zur Ausfuhr bereit stehen.

Die Fleischproduktion ist also eine reichliche, allein der deutsche Proletarier soll entweder das Fleisch des vaterländischen Rindviehes zu dem durch die Zollperre emporgeschraubten Preise kaufen oder auf die Fleischmahlung verzichten!

Aus Industrie und Handel.

Zum Vertrag der Hamburg-Amerika-Linie mit dem Morganschen Schiffahrtstrust. In der gestrigen Sitzung des von der Leitung der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Gesellschaft mit dem Navigationskomitee abgeschlossenen Vertrages ist insofern ein Jertum enthalten, als die Dividende der Hamburger Linie im Jahre 1900 nicht 8 Proz., sondern 10 Proz. betragen hat. Es wurden verteilt in 1897 = 6 Proz., 1898 = 8 Proz., 1899 = 8 Proz., 1900 = 10 Proz., 1901 = 6 Proz. Dividende. Dadurch wird noch deutlicher, was schon in gestriger Nummer angeführt wurde, daß die vereinbarte Art der Gewinnbeteiligung einen Zuschuß der Hamburg-Amerika-Linie zu dem Gewinn des Trusts bedeutet, da trotz anhergewöhnlich hoher Abschreibungen von der Hamburger Linie während des letzten Jahres höherer Dividenden als 6 Proz. ausgeschüttet worden sind. Allerdings hat es die Leitung in der Hand dadurch, daß sie auch in den nächsten Jahren reichliche Rückstellungen vornimmt, vorläufig das Niveau der Dividende auf 6 Prozent zu halten; doch bleibt recht fraglich, ob die Aktionäre damit einverstanden sein werden, und ob andererseits sich unter den nicht mitgeteilten Vertragsbestimmungen „rein technischer Natur“ nicht solche befinden, die einer derartigen künstlichen Verminderung der Dividende entgegenstehen.

Mehr als diese finanziellen Angelegenheiten interessiert die Frage, wie das Kartellverhältnis, das die beiden deutschen Linien mit dem Trust eingegangen sind, auf die Frachttäge und damit auf den Außenhandelsverkehr einwirken wird. Die „Hamburger Nachrichten“ leisten sich hierzu folgende naive Ausführungen:

„Die von gewisser Seite noch immer gehegte Befürchtung, die Frachten würden zu Gunsten der Amerikaner gestellt werden, beruht natürlich auf einer totalen Verkennung der Lage. In dem Vertrage ist von einem Frachttarif überhaupt nicht die Rede und haben die beiden Gesellschaften in dieser Frage vollkommen freie Hand behalten. Es wäre demnach doch auch ein unmündiges Begnügen, einen Vertrag auf „ermäßigte Frachten“ zu schließen. Im Gegenteil, es wird, sollte der Fall eintreten, nur über Erhöhung der Frachten verhandelt werden.“

Daß in den mitgeteilten Vertragsbestimmungen überhaupt nicht von Fracht die Rede ist, stimmt nicht; es wird nur gesagt, daß vorläufig eine Vereinbarung über das Frachtgeschäft nicht in Aussicht genommen ist. Nach der Zustimmung der Aktionäre zum Vertrag dürfte sich aber alsbald die Notwendigkeit einer solchen Vereinbarung einstellen, denn es ist klar, daß in Anbetracht der enormen Ueberkapitalisierung, die nach der kürzlich von der White Star-Linie ausgehenden Darstellung etwa das Dreifache des wirklichen Wertes der angulautenden Linien beträgt, der Trust nur dann einen ansehnlichen Gewinn herauszuschlagen vermag, wenn er die Frachttäge beträchtlich erhöht; und ebenso selbstverständlich ist, daß er sich bei diesem Vorgehen nicht hinterläßt von den deutschen Linien Konkurrenz machen lassen wird. Solche Erhöhung schließt aber nicht aus, daß für bestimmte Routen und bestimmte Frachtartikeln, z. B. für Exportprodukte des Stahltrusses, besondere Frachtermäßigungen festgesetzt werden, die den deutschen Export zu schädigen geeignet sind.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der Metall- und Maschinenindustrie

berichtet die Arbeitsmarkt-Korrespondenz: Die von neuem bemerkbare Abschwächung auf dem Eisenmarkt wirkt deutlich auf den noch immer unbefriedigenden Geschäftsgang in den eisenerarbeitenden Branchen. Zwar soweit der Arbeitsmarkt einen Anhalt zur Beurteilung der Lage giebt, so lastet auf diesem die Zahl der Beschäftigungslosen nur noch mit geringer Schwere. In Chemnitz sind zum Beispiel innerhalb der Organisierten gegenwärtig achtzig Prozent weniger arbeitslos als im Vorjahre. Aber die Entlastung hat nicht dadurch stattgefunden, daß die Beschäftigungslosen wieder eingestellt worden wären, vielmehr sind sie von dem bisherigen Ort ihrer Tätigkeit weggezogen oder haben in anderen Verufen Unterkommen gefunden. Wie stark noch der Bestand der Arbeiter in den Betrieben vermindert ist, geht z. B. daraus hervor, daß in einer Stadt wie Altona, wo in allgemeinen der Beschäftigungsgrad fast eine Maschinenfabrik, die Anfang vorigen Jahres noch 500 Mann beschäftigte, gegenwärtig nur 100 zählt; selbst diese arbeiten aber noch mit verlässiger Arbeitszeit. Läßt man diese Reduktion der Arbeitskräfte außer Betracht, so hat sich allerdings der Geschäftsgang wieder belebt. Ausnahmeweise auf sind die Metallarbeiter auf den Westien beschäftigt. Gut ist auch der Geschäftsgang in den Textilmaschinenfabriken. Im Dampfmaschinen- und Lokomotivenbau ist der Geschäftsgang leiblich, obgleich in manchen großen Etablissements noch immer nur 7 Stunden täglich gearbeitet wird. Auf der gleichen Höhe hält sich der Beschäftigungsgrad in der Fahrrad-Industrie. Ganz daneben liegt noch der Werkzeug- und Maschinenbau. Die Löhne sind außerordentlich herabgesetzt. Es kommt vor, daß Arbeiter 11—13 M. in zwei Wochen verdienen. Ungemein schwach ist auch noch der Geschäftsgang in den Betrieben der Elektricitätsindustrie. In Frankfurt a. M. wo in fast allen Branchen der Metall- und Maschinenindustrie eine

erfreuliche Belebung Platz gegriffen hat, haben fast nur noch Betriebe der Elektricitätsindustrie verlorzte Arbeitszeit.

Einfluß des Generalstreiks auf den belgischen Kohlen-einfuhr- und Ausfuhrhandel. Nach der belgischen Statistik hat im April die Kohleneinfuhr in Belgien 285 477 Tonnen gegen 221 638 Tonnen im April des Vorjahres betragen, während die Kohleausfuhr sich auf 18 405 gegen 9384 Tonnen im April 1901 erhöhte. Der größte Teil dieser Steigung entfällt auf Deutschland. Dagegen ging die Kohleneinfuhr im April von 294 638 Tonnen (im Vorjahr) auf 272 605 Tonnen zurück und Coals von 65 655 auf 50 231 Tonnen.

Sociales.

Je nachdem.

Das Urteil des Reichsgerichts gegen den Zimmermann G. wegen Erpressung und Vergehen gegen § 153 N. O. D. („Vorwärts“ Nr. 119) gab uns Anlaß zum Vergleich mit einem Urteil des Oberlandesgerichts München. Während dieses rein formalistisch nach dem Buchstaben des Gesetzes urteilt und damit zur Freisprechung des angeklagten Unternehmers kam, urteilte das Reichsgericht nach einem vermittelten, aber nicht ausgesprochenen Willen des Gesetzgebers und gelangte so zur Verurteilung des angeklagten Arbeiters.

Auch mit einem Urteile des Oberlandesgerichts Breslau drängt sich ein Vergleich auf. Das Reichsgericht nimmt eine Unterscheidung der Begriffe „Verabredung“ und „Vereinigung“ vor und kommt zu dem Schluß, daß diese Begriffe nicht grundsätzlich von einander zu trennen sind, obwohl der Text des Gesetzes sie ausdrücklich trennt und verschieden behandelt. Auf Grund dieses Schlußes konnte erst das Reichsgericht dazu gelangen, in der That des angeklagten Arbeiters neben der Erpressung auch eine Verletzung des § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung zu erblicken. Das Oberlandesgericht Breslau hatte darüber zu entscheiden, ob das Arbeitersekretariat in Beuthen ein anmeldspflichtiger Gewerbebetrieb sei. Trotzdem der Vertreter der Reichsregierung im Reichstag im Einverständnis mit den Parteien erklärte, daß es bei Erlass des Gesetzes nicht beabsichtigt war, Arbeitersekretariate als anmeldspflichtige Gewerbebetriebe zu behandeln und obwohl auch der Wortlaut der Gewerbe-Ordnung keineswegs dazu zwingt, stellte sich das Oberlandesgericht doch auf den Standpunkt, daß die Anmeldepflicht bestünde und der Sekretär Genosse Winter wegen der unterlassenen Anmeldung zu bestrafen sei. Dazu gelangte es gleich dem Reichsgericht auf dem Wege der Untercheidung zweier Begriffe. Der Regierungsvortrag, so sagte es, habe nur die geschäftliche, nicht aber die gewerbliche Seite der Sache im Auge gehabt; das sieht aber zwei ganz verschiedene Dinge.

Das Oberlandesgericht unterließ es allerdings, die Unterscheidungsmerkmale zwischen den Begriffen „geschäftlich“ und „gewerblich“ anzugeben; es begnügte sich mit der einfachen Erklärung, Man könnte auch einen Preis legen auf die Darstellung dieser Unterscheidungsmerkmale. Dennoch bildete gerade dies die Grundlage der Verurteilung Winters und damit der Behinderung einer den Arbeitern nützlichen Einrichtung.

Das Reichsgericht kommt auf dem entgegengesetzten Wege der Zusammenwerfung der beiden sehr verschiedenen Begriffe „Verabredung“ und „Vereinigung“ dazu, ein Arbeiterrecht noch weiter als bisher einzuschränken.

Immer von Rechtswegen!

Die Verletzung von Arbeiterschutzvorschriften, die meist schon überhaupt nicht mit besonders strengen Strafen bedroht sind, wird bekanntlich in der Praxis noch viel milder geahndet. Zunächst wird überhaupt nur ein kleiner Bruchteil der Gesetzesverletzungen dem Staatsanwalt angezeigt. In den meisten Fällen begnügt sich der Aufsichtsbeamte mit einer Verwarnung des Unternehmers, eine Praxis, die sonst in Deutschland bei Verletzung von Gesetzen vollständig unbekannt ist. Kommt dann aber ein Unternehmer wegen gar zu hartnäckiger Gesetzesverletzung doch einmal vor Gericht, denn thut man ihm auch noch nicht weh. Ein paar Mark Geldstrafe ist alles, was ihn trifft. Aus Anlaß einer Freisprechung sieht sich der Gewerbeinspektor für den hessischen Bezirk Stegen zu diesem Stoßseufzer veranlaßt:

„Solch milde Praxis der Gerichte, die sich auch in Verhandlungen gegen Gewerbetreibende anderer Berufsgruppen wiederholt gezeigt hat, erschwert begreiflicherweise den mit der Ueberwachung von gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften betrauten Beamten die Erfüllung ihrer Aufgabe.“

Städtisches Arbeitsamt. Das Gewerkschaftsblatt in Jülich i. W. hatte bei der dortigen Gemeindevertretung eine Reform des städtischen Arbeitsnachweises und Umgestaltung zu einem Arbeitsamt beantragt und einen diesbezüglichen Entwurf vorgelegt. Der Magistrat beschloß nunmehr die Ausgestaltung dieses Instituts in Uebereinstimmung mit den Vorschlägen des Gewerkschaftsblattes. Die Stellenvermittlung soll für männliche und weibliche Arbeiter, einschließlich der Heimarbeiter, Lehrlinge und Dienstmädchen, auf alle Gewerkschaften ausgedehnt werden. Das Arbeitsamt steht unter der Leitung eines Ausschusses, der aus dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, je zwei Mitgliedern des Magistrats und des Gemeindefiskus und je drei Unternehmern und Arbeitern besteht. Die Unternehmer- und Arbeiterbeisitzer werden aus den Mitgliedern des Gewerbegerichts jeweils auf 3 Jahre gewählt. Bei Arbeitseinstellungen und Auspierungen hat der Ausschuss den Beteiligten eine kurz bemessene Frist zu stellen, innerhalb deren sie das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen haben. Wenn dies nicht geschieht oder wenn die eine Partei sich dem ergangenen Schiedspruch nicht unterwirft, so hat der Ausschuss darüber zu entscheiden, ob das Arbeitsamt seine Thätigkeit für den betreffenden Betrieb einzustellen hat oder nicht.

Sonntagsruhegesetz in Italien.

Bisher besteht in Italien noch keinerlei Verbot der Sonntagsarbeit. Die Abteilungen der Kammer werden sich aber demnächst mit einer Gesetzesvorlage über die Sonntagsruhe zu beschäftigen haben. An Versuchen, eine gesetzliche Sonntagsruhe herbeizuführen, hat es nicht gefehlt. Schon 1891 und wieder im Jahre 1896 forderte der Senator Rossi die Regierung auf, dem Beispiele Deutschlands und anderer Länder zu folgen. Die Antwort der Regierung war immer eine ablehnende; eventuell sollte in Staatsbetrieben mit einer Reform vorgegangen werden; schließlich kam nichts weiter heraus als ein Gesetz gegen die Profanierung religiöser Feste. Erst in letzter Zeit ist die Agitation für die Sonntagsruhe mit mehr Entschiedenheit betrieben worden; neben den Arbeitskammern und der sozialistischen Partei sind es vor allem auch die Staatsangestellten und Arbeiter sowie die Handelsangestellten, welche für diese Reform agitieren.

Aus der Frauenbewegung.

Das Vereinsrecht der Frauen.

Die Anweisung des Ministers, daß Frauen in Versammlungen politischer Vereine anwesend sein dürfen, scheint dem Bürgermeister von Preetz in Schleswig-Holstein noch nicht zugegangen zu sein. Der Herr löste eine Versammlung des dortigen sozialdemokratischen Vereins aus, weil Frauen anwesend waren, obwohl die Frauen in einem abgegrenzten Raume saßen. Es muß doch ungeheuer schwer sein für amtliche Verfügungen, die nicht gegen staatsbürgerliche Rechte gerichtet sind, den Weg zu den Unterbehörden zu finden.

Rochercho de la Paternité.

Wie in Frankreich, so herrscht auch in Italien noch das schändliche napoleonische Gesetz, wonach die Suche nach der Vaterchaft (Rochercho de la Paternité) verboten ist. Der 4. Kongress der Gebammen, der dieser Tage in Genoa stattfand, beschäftigte sich auch mit diesem Punkte und nahm eine Resolution an, in welcher ein Gesetz gefordert wird, das die Rochercho de la Paternité ge-

Haltet. In der Resolution wird ferner verlangt, daß in den Fingelhäusern Sorge getragen werde, daß die Eltern ihre Kinder leichter wieder erkennen und wieder erhalten können. Die Mütter, die nicht in der Lage sind, ihr Kind selbst zu ernähren und zu erziehen, sollen Unterstützung erhalten, damit sie nicht gezwungen sind, die Kinder dem Fingelhaus zu übergeben oder anderen Pflegern zuzuführen. Die Kommunen sollen verpflichtet sein, Kinderbewahranstalten zu gründen und alle möglichen Maßnahmen zu treffen, die Mütter illegitimer Kinder zu unterstützen.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der deutschen Buchdrucker

hat kürzlich seinen Jahresbericht für 1901 herausgegeben. In einem Überblick auf die Ergebnisse der vorjährigen Tarifberatung wird mit Recht die Tatsache hervorgehoben, daß trotz der ungünstigen Geschäftslage eine mäßige Lohnverhöhung durchgeführt werden konnte. Dies sei — so heißt es im Bericht — dem Umstande zu danken, daß die Vorteile beiderseitigen Zusammenwirkens auf dem Lohngebiete von Prinzipalen und Gehilfen gewürdigt wurden. Wir möchten dem hinzufügen, daß diese Würdigung auf Seiten der Prinzipale nicht vorhanden wäre, wenn nicht auf der andern Seite eine starke, machtvolle und leistungsfähige Organisation stände, die selbst während der Zeit der wirtschaftlichen Krise an Mitgliedern zugenommen hat. — Wir sehen aus dem Bericht, daß die durchschnittliche Mitgliederzahl im Jahre 1899 26 844, im Jahre 1900 28 839 und 1901 30 556 betrug. — Noch deutlicher wird die Zunahme des Mitgliederbestandes veranschaulicht, wenn wir die Vierteljahrsabschlüsse von 1901 betrachten. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 29 587, am 31. März 30 010, am 30. Juni 30 963, am 30. September 31 291, am 31. Dezember 31 731. Die Mitgliederzahl hat sich also im Laufe des Jahres um 2144 vermehrt. — Entsprechend der Stärke des Verbandes sind auch seine finanziellen Leistungen achtunggebietend. Die Kasse rechnet mit einem Jahresetat von 4 814 326,70 M. Davon sind 3 163 126,41 M. als Vermögensstand des Verbandes angelegt. — Interessant ist ein Ueberblick über die Ausgaben, welche der Verband für Unterhaltungen in den letzten 3 Jahren aufwandte. Es wurden ausgegeben für:

	1899	1900	1901
Kasse-Unterstützung	114 882,37	156 320,81	245 939,21
Arbeitslosen-Unterstützung	159 205,75	267 138,00	518 943,50
Krankheitsunterstützung	453 899,32	508 808,36	587 782,29
Familienunterstützung	82 632,25	104 986,25	123 109,00
Umzugskosten	11 238,00	15 230,00	12 915,00
Bezugsmitglied.	25 816,40	37 267,15	33 340,50
Sonstige Unterhaltungen	88 834,30	12 876,00	10 068,50
Summa	880 698,99	1 101 678,07	1 476 143,90

Das sind bedeutende Leistungen auf dem Gebiete des Unterhaltungswezens. Die Gesamtsumme vorsehend aufgeführter Unterhaltungen beträgt 3 453 701,36 M.

Aus den vorstehenden Zusammenstellungen ist ersichtlich, daß die wirtschaftliche Krise die Verbandslage sehr stark belastete. Die Zahl der arbeitslosen unterstützungsberechtigten Mitglieder stieg im Jahre 1901 auf etwa 5000, und infolgedessen erhöhte sich die an Reisende und Arbeitslose gezahlte Unterstützung auf nahezu das Doppelte dessen, was im Jahre 1900 für diese Zwecke aufgewandt worden ist. — Andererseits bemerkt der Bericht, daß die Opfer für Aufrechterhaltung des Tarifs eine verhältnismäßig nur geringe Summe erforderten. Das heißt also, der neue Tarif ist ohne erhebliche Schwereigkeiten durchgeführt worden.

Der Buchdrucker-Organisation ist es also möglich, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ohne Kampf zu regeln, ein Ziel, welches ja auch in den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter immer mehr Anklang findet, welches aber nur erreicht werden kann, wenn die Unternehmer mit einer Arbeiterorganisation zu rechnen haben, die stark genug und willens ist, ihre berechtigten Forderungen, wenn es sein muß, zu erfüllen.

Berlin und Umgegend.

Maurerstreik in Tegel. Infolge der Nichtannahme der Vertragsbestimmungen seitens der Tegeler Unternehmer, beschäftigte sich vor ca. 14 Tagen eine Sitzung der Arbeitgeberkommission mit dieser Sache. Das Resultat der Verhandlung war der einstimmige Beschluß, das Tegel aus dem Vertragsgebiete ausgeschlossen wurde. Nun stellten die dortigen organisierten Maurer die Forderung auf Zahlung eines Stundenlohnes von 65 Pf. Da die Unternehmer sich weigerten, denselben zu zahlen, traten die Maurer am 21. Mai bei den Firmen Engelle, Vastink und Müller in den Ausstand. Gestern bewilligte die Firma Müller durch Unterschrift die gestellten Forderungen und stellte dadurch alle noch übrig gebliebenen Streikenden in Arbeit. Auf den Bauten Engelle und Vastink haben ca. 20 Accordmänner die Arbeit aufgenommen. Es bleiben demgemäß die Bauten der beiden letzten Firmen bis auf weiteres gesperrt.

Die Verbandsleitung der Maurer.

Zum Maurerstreik in Brandenburg a. N. wird berichtet, daß von den 868 Streikenden nur noch 120 am Orte sind. Die übrigen haben auswärts Arbeit gesucht und meist auch gefunden. Die von den Unternehmern verlangte schwarze Liste dürfte also ihren Zweck nicht erreichen. Der Vorsitzende des Gewerbevereins hat den Parteien seine Vermittlung angeboten. Die Arbeiter haben dieselbe angenommen, die Unternehmer haben sich noch nicht dazu gedehnt.

Das Rühmatische Maßregelungsbureau des Verbandes der Metallindustriellen hat aus Anlaß des Ausstandes bei der Berliner Firma J. C. Spinn u. Sohn, Alt.-Ges., folgende Berufs-erklärung erlassen:

Gesamtverband deutscher Metallindustrieller.
Berlin, den 26. April 1902.
Rundschreiben Nr. 6 pro 1902.

Auf Antrag der Vereinigung der Berliner Metallwaren-Fabrikanten werden hierdurch die auf beigefügter Liste verzeichneten ausständigen Arbeitnehmer (83 männliche und 18 weibliche) der Firma J. C. Spinn u. Sohn, Alt.-Ges., Berlin, gemäß § 25 der Satzungen bis auf weiteres für den Bereich des Gesamtverbandes gesperrt.

Hochachtungsvoll

Gesamtverband deutscher Industrieller.

Es ist ja bekannt, daß der Verband der Metallindustriellen bei jedem Ausstand die betreffenden Arbeiter in Versuchung erklärt und ihnen die Existenz unmöglich zu machen sucht. Bei dem vorstehenden Rundschreiben ist aber ein Umstand von besonderem Interesse. Das Geschäftsblatt ist vom 26. April datiert. Am 30. April aber ist der Streik bei Spinn u. Sohn vor dem Einigungsamt des Gewerbevereins beigelegt und dabei ausdrücklich vereinbart worden, daß Maßregelungen aus Anlaß des Streiks nicht stattfinden dürfen. Der Direktor der Fabrik hat die Einigungsbedingungen durch Unterschrift anerkannt. Der vorstehende Rundschreiben stellt eine Maßregelung der schlimmsten Art dar. Er ist zwar einige Tage vor der Beilegung des Streiks erlassen. Ist er aber nachher wieder zurückgenommen? Wenn nicht, so würde jeder der verwehnten Arbeiter, wenn er einmal die Spinnische Fabrik verläßt, ebenso wie die, welche vielleicht nach dem Streik nicht wieder angefangen haben sollten, von der Aussperrung aus allen Verbandsbetrieben in ganz Deutschland betroffen sein. — Das würde den Einigungsbedingungen, die vor dem Gewerbegericht festgelegt sind, widersprechen. Es ist wünschenswert, daß sich die interessierten Arbeiter Gewißheit darüber verschaffen, ob die Berufsverurteilung auch nach dem Friedensschluß noch weiter besteht.

Deutsches Reich.

Achtung, Zimmerer! Zur Erlangung der neunstündigen Arbeitszeit und 70 Pf. Stundenlohn, deren Bewilligung von dem organisierten Unternehmern bereits vor zwei Jahren versprochen, aber nicht gehalten wurde, sind die Zimmerer in Hamburg in eine partielle Streikbewegung eingetreten. Am 26. Mai wurde diese Forderung an 28 Unternehmer gestellt, 24 derselben bewilligten sofort und über vier Firmen wurde die Sperre verhängt.

Zuzug ist streng fernzuhalten. Alle Anfragen sind an das Bureau der Zimmerer, Hamburg, Spitalerstraße 81, I, zu richten.

In Kassel streiken die Dachdecker. An die Unternehmer wurde im vorigen Jahre die Forderung gestellt, den Stundenlohn um 5 Pf. zu erhöhen und eine Regelung der Arbeitszeit eintreten zu lassen. Die Forderung wurde seitens der Unternehmer abgelehnt und deshalb in diesem Jahre aufs neue gestellt, aber wieder abgelehnt. Darauf traten die Dachdecker in den Ausstand. Von 105 in Kassel arbeitenden Dachdeckern gehören 98 der Organisation an. Sie haben sich sämtlich dem Streik angeschlossen. Der bisher gezahlte Stundenlohn schwankt zwischen 25 und 40 Pf. Da die Konjunktur günstig ist und unter den Streikenden große Einmütigkeit herrscht, so ist sicher auf Erfolg zu rechnen.

Zur Aussperrung der Maurer und Zimmerer in Kiel. Die Innung „Vorhütte“ hat den Aussperrten die Bedingungen gestellt, sich bis zum 27. Mai zu erklären, ob sie bereit sind, die 9¹/₂stündige Arbeitszeit und 60 Pf. Stundenlohn für 5 Jahre durch Vertrag festzusetzen. Die Aussperrten nahmen in zwei Versammlungen — je eine für Maurer und Zimmerer — nachstehende Resolution an: „Die Versammlung gelangte nach Kenntnisnahme des letzten Schreibens der Innung zu der Ansicht, daß es im Interesse der streikenden Parteien liegt, in nächster Zeit eine Sitzung des Gesamtausschusses mit dem Innungsvorstand herbeizuführen. Die Versammlung erwartet, daß durch diese Zusammenkunft die bestehenden Differenzen beseitigt werden können, zum Wohl der Allgemeinheit.“

In Magdeburg befinden sich die Maurer, Zimmerer und Bau-Hilfsarbeiter in einer Bewegung zur Abwehr der von den Unternehmern beabsichtigten Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter verlangen nichts weiter, als daß der bestehende Vertrag auf ein Jahr verlängert wird. Eine Kommission ist beauftragt worden, diesbezüglich mit den Unternehmern zu unterhandeln. Die Bauten derjenigen Unternehmer, welche den bisherigen vertragmäßigen Lohn nicht zahlen, sollen gesperrt werden.

In Jenseuroda sind am Montag 90 Holzarbeiter in den Streik eingetreten, davon sind 78 Tischler, 8 Bildhauer, 9 Drechsler und Polsterer. Organisiert sind 86. Zuzug von Tischlern, Wildhauern, Drechslern ist fernzuhalten.

Die Aussperrung beim Bremer „Vulkan“ erfolgte, weil die Arbeiter sich weigerten, täglich zwei Ueberstunden zu machen. Es ist nun eine Verständigung mit der Direktion dahin erzielt, daß nur eine Ueberstunde täglich gemacht wird. Der Konflikt ist somit beigelegt und die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Der Maurerstreik in Briel ist beendet. Nachdem Arbeitswille in großer Zahl am Mittwoch und Donnerstag dort eingetroffen waren, beschloffen am Freitag die Streikenden mit Zweidrittelmehrheit, den Kampf zu vertagen.

In Gausstadt (Württemberg) sind die Maler — 72 an der Zahl — in den Ausstand getreten.

Noch eine Berufsverurteilung. In Schwetzer (Ober-Elsass) ist ein Steinarbeiterstreik ausgebrochen, der dem Arbeitgeberbund zu folgendem Handschreiben Veranlassung gab:

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.
Landesverband Elsass-Lothringen.
Straßburg i. E., den 19. Mai 1902.
Bismarckstr. 17.

Sehr geehrter Herr Kollege!
Auf Anklagen des Agilators, Steinhauer R. R. aus R., sind folgende Steinhauer aus dem Betriebe der Baumunternehmer B. u. A. Sautier zu Schwetzer am 17. Mai ex. ohne jegliche Veranlassung (!) in einen Streik eingetreten:
(Folgen 20 Namen.)

Mit Bezug auf den Beschluß des Delegiertentages zu Leipzig werden Sie ersucht, die Genannten nicht einzustellen oder, falls dies schon geschehen, wieder zu entlassen.
Mit kollegialem Gruß!

Der Verbandsvorstand:
J. Balg, Vorsitzender.

In diesem Steckbrief sei bemerkt, daß die Ursache des Ausstandes eine bedeutende Herabsetzung der Accordlöhne ist, und die Firma jeden Versuch einer Verständigung schroff zurückwies. — Das ist also nach der Behauptung des Vorstandes vom Arbeitgeberbund ein Streik „ohne jede Veranlassung.“

Der Revers der Hirsch-Dumderischen Gewerkschaften, durch den jedes eintretende Mitglied feierlich erklären muß, „weder Anhänger noch Mitglied der Sozialdemokratie zu sein,“ ist wieder von einer der Hirsch-Dumderischen Organisationen fallen gelassen worden. Der Gewerksverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter, der stärkste aller Hirsch-Dumderischen Gewerksvereine — er zählt 39 000 Mitglieder, die Hälfte aller in jener Richtung organisierten — hat auf seiner kürzlich abgehaltenen Generalversammlung gegen den energischen Widerstand des Verbandsvorsitzenden Dr. Max Hirsch beschloffen, den angeführten Postus aus dem Revers zu entfernen.

Das Falllassen dieses Reveries, durch den sich die Hirsch-Dumderischen längst vor allen einschüchternden Leuten fächerlich gemahnt haben, bedeutet nicht etwa eine grundsätzliche Änderung der Organisation. Es bleibt vielmehr alles beim alten; wurde doch denen um Max Hirsch, die für die Beibehaltung des Reveries in der bisherigen Form eintraten, ein Plakat auf die Munde gelegt in Gestalt einer Resolution, welche besagt, daß die Änderung des Reveries in keiner Weise die bisherige Grundanschauung berühren soll.

Wenn auch die Hirsch-Dumderischen Gewerksvereine jetzt den sonst so gefürchteten Sozialdemokraten die Thore öffnen, bekommen werden sie sie nicht, denn die sozialdemokratischen Arbeiter wissen, daß die um Max Hirsch keine Vertreter wahrhaft moderner Anschauungen sind.

Ausland.

Allgemeine Aussperrungen in Osnabrück. Die Fabrikantenvereinigung zu Osnabrück hat einstimmig beschloffen, daß die Spinnereien und Webereien ihrer Mitglieder vom 9. Juni ab an jedem Freitag und Sonnabend geschlossen werden sollen, um die Arbeiter der Firma Bau Heck zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Durch diesen Beschluß würden, wenn er zur Ausführung kommt, etwa 6000—7000 Arbeiter betroffen werden. Zwei Fabrikanten, die zusammen 100 Arbeiter beschäftigen, sind nicht Mitglieder der Fabrikantenvereinigung. Die Ankündigung der Fabrikanten ist von den Arbeitern sehr ruhig aufgenommen worden. Man ist allgemein der Meinung, daß der Termin für die Beendigung der Maßregel so weit hinausgeschoben wurde, weil die Herren die Hoffnung hegen, daß der Konflikt bis dahin beigelegt sein würde.

Der Verband der Metallarbeiter Oesterreichs hat kürzlich seinen Geschäftsbericht für 1900 und 1901 herausgegeben. Derselbe weist ein erfreuliches Erstarben der Organisation auf. Während im Jahre 1900 157 Ortsgruppen mit 11 022 Mitgliedern zu verzeichnen waren, gab es im Jahre 1901 bereits 174 Ortsgruppen mit 18 891 Mitgliedern. Auch der Einfluß des Verbandes auf die Entschleunigungen der Unternehmerorganisationen ist in der Berichtsperiode gestiegen, und die Organisation der Arbeiter wird von den Arbeitgebern bei Differenzen und Lohnbewegungen in weit höherem Maße als Vertreterin der Arbeiterschaft anerkannt, als dies früher der Fall war. Der Verband hat in den beiden Berichtsjahren bei 19 Firmen mit 2167 Arbeitern eine Verlängerung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden bewirkt, und bei 22 Firmen mit 7187 Arbeitern erreichte er eine Arbeitszeitverlängerung von 10 auf 9¹/₂ Stunden. — Streiks und Lohnbewegungen wurden infolge des schlechten Geschäftsganges nur 52 geführt. Davon endeten 25 mit vollem, 17 mit teilweisem, 9 ohne Erfolg, und von einem Streik ist das Resultat nicht bekannt geworden. Die Streikunterstützung belief sich auf 11 755 Kronen. — Der Verband hat eine Erhebung über die Wirkungen der Krise in der österreichischen Metallindustrie veranstaltet. Die Untersuchung ergab, daß von den 87 241 Arbeitern, auf die sich

die Erhebung erstreckte, 43 249 durch Arbeitslosigkeit oder mehr oder weniger stark Arbeitszeitverlängerungen zu leiden hatten. In 127 Betrieben wurden Lohnreduzierungen von 2 bis 8 Kronen pro Woche und Accordpreiserhöhungen von 3 bis 50 Prozent vorgenommen. Von diesen Reduktionen wurden 31 424 Arbeiter betroffen! Die Krise machte sich für die Kasse des Verbandes dadurch bemerkbar, daß die Ausgaben für Arbeitslosen- und Reisezweckleistungen sich vom Jahre 1900 auf 1901 um 9414 Kronen steigerten. Arbeitslosen-Unterstützung wurde im Jahre 1901 an 1126 Mitgliedern im Betrage von 29 308 Kr. ausbezahlt; Reisezweckleistungen erhielten 1855 Mitglieder im Betrage von 10 300 Kr.; eine außerordentliche Unterstützung wurde im Jahre 1901 492 Mitgliedern im Betrage von 2578 Kronen gewährt. — Die Einnahmen der Centrale des Verbandes betrugen im Jahre 1900 109 897 Kronen, im Jahre 1901 121 093 Kronen; die Ausgaben 137 826 Kronen im Jahre 1900 und 127 253 Kronen im Jahre 1901.

Der Steinarbeiter-Streik auf Bornholm und in Kopenhagen ist noch immer nicht beendet. Es stehen nun auf Bornholm noch 250 Mann im Streik. In Kopenhagen beträgt die Zahl der Streikenden 90.

Die Katastrophe auf den Antillen.

Der Londoner „Morning Post“ wird aus St. Lucia gemeldet: St. Pierre ist jetzt ganz mit Lava bedeckt, keine Mauer steht mehr und nichts ist mehr sichtbar, als eine gewaltige graue Decke, die sich vier Meilen weit erstreckt. 3000 Leichen wurden in den Straßen gefunden und verbrannt, ehe der letzte Ausbruch stattfand. 35 000 Leichen liegen noch in den Ruinen. Es ist gefährlich, sich dem Ort zu nähern, ehe die Lavadecke fest geworden ist. Aschenregen fallen noch immer auf die Insel hernieder, begleitet von Detonationen, die sich wie der Donner von Tausenden großer Kanonen anhören. Fort de France ist sicher, aber die Bevölkerung befürchtet, die beständig über der Stadt zudenden Wolken könnten die Hunderte von Tonnen Sprengstoff entzünden, die in den Forts der Stadt und der Umgebung aufgeschichtet sind. Die Bevölkerung flieht auf die benachbarten Inseln. Am Freitag kamen 200 Flüchtlinge in St. Lucia und 1700 in Guadeloupe an. Die meisten Flüchtlinge sind mittellos.

In St. Vincent fand am 18. Mai ein starker Ausbruch des Vulkanes statt, der die Bewohner von Belair zwang, in tieferer Finsternis, welche durch den Aschenregen verursacht wurde, zu flüchten. Es gab dabei Arm- und Weinbrüche. Vier thätige Krater sind entstanden.

Kommandeur Verth vom Kriegsschiff „Dixie“ telegraphiert, daß der Soufriere wieder in Thätigkeit sei.

Die gestern aus Guadeloupe in Marseille eingetroffene Post brachte die Nummer des „Journal des Colonies“ vom 7. Mai, dem Tage vor dem großen Unglück auf Martinique. Bemerkenswert ist, daß ein Artikel, der die Ereignisse während der Tage vor dem verhängnisvollen Ausbruch ausführlich berichtet, die Ansicht derjenigen Einwohner von St. Pierre, die aus der Stadt zu fliehen gedachten, bekämpft, da keine Gefahr für die Sicherheit des Lebens bestehe. Das Blatt veröffentlicht eine am 5. Mai gefasste Unterredung mit einem Professor des dortigen Lycées, der die Versicherung gab, der Mont Pelée bilde für St. Pierre keine größere Gefahr, als der Vesuv für Neapel.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Triester Maurerstreik.

Triest, 27. Mai. (B. S.) Dem Maurerstreik haben sich sämtliche Kupferhämmer und Steinhewerhämmer angeschlossen. Der in einer allgemeinen Arbeiter-Versammlung vorgeschlagene Generalstreik wurde von den sozialistischen Parteiführern heftig bekämpft und deshalb abgelehnt.

Achtzehnjähriger Mörder.

Chemnitz, 27. Mai. (B. S.) In Augustsburg tötete gestern ein achtzehnjähriger Bursche seine dreizehnjährige Schwester durch 44 Messerschläge. Darauf wollte er sich die Kehle durchschneiden, was aber mißlang. Der Bursche wurde in das städtische Krankenhaus gebracht.

Chefredacteur wegen Majestätsbeleidigung verhaftet.

Leipzig, 27. Mai. (B. S.) Der Chefredacteur des „Leipziger Generalanzeigers“, Arthur Fleischer, ist heute nachmittag wegen Majestätsbeleidigung, begangen in einem Artikel seines Blattes, den „L. R. N.“ zufolge verhaftet worden.

Der Frieden perfekt?

Wien, 27. Mai. (B. S.) Eine hiesige Wank erhielt die telegraphische Meldung aus Kapstadt, daß heute die Friedenspräliminarien zu Pretoria unterzeichnet wurden.

Die Pest.

Paris, 27. Mai. (B. L. W.) Nach einer Meldung aus Tananarivo (Madagaskar) von vorgestern sind in Majunga seit dem 19. d. M. 8 Erkrankungen und 4 Todesfälle an Pest vorgekommen. General Gallieni hat sofort die nachdrücklichsten Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung der Seuche ergriffen.

Dreibund-Debatten.

Budapest, 27. Mai. (B. L. W.) Die österreichische Delegation setzte heute die Beratung des Budgets des Außenwärtigen fort. Kraxmarz bemerkt, der Dreibund verdiene kein Chauvenismus mehr, Europa stehe nicht mehr unter der Suggestion der großen Bismarck-Wera, und die Staaten, welche geholfen hätten, das Deutsche Reich zu bilden, bedauerlich die schon. Die weitere Vergrößerung Deutschlands werde keine Macht mehr, auch Oesterreich nicht zulassen. (Heiterkeit.) Die Czechen bekämpften nicht den Dreibund, sondern nur den Höfendienst, der mit ihm getrieben würde, sie fürchten nicht den offenen Pangermanismus, Oesterreich könne seine innere Kraft nur erhalten, wenn es der Host aller Völker sei und kulturelle Bestrebungen fördere. Redner spricht sich gegen die vom Delegierten Groß geforderte Bestätigung der von Ungarn aus, welche die Bildung einer Zollunion zwischen Oesterreich und Deutschland erleichtern würde, schon deshalb, weil letztere einen Punkt des alldeutschen Programms bilde. Conci verlanget, daß bei den neuen Handelsverträgen die Zollklausel ausgeschlossen werde. Steiu erklärt, die Alldeutschen würden gegen das Budget stimmen, weil sie zum Grafen Solovicko kein Vertrauen hätten, dessen Deutschthum bekannt sei. Dornm trauere man in Deutschland dem Bündnisse nicht, für Deutschland habe nur ein Bündnis mit dem Deutschen Reich Wert. Bukowski meint, der Dreibund habe in beiden Reichshälften an Abhängern verloren, weil er weder politisch noch materiell dem Reiche Vorteile gewähre und ihm dagegen großen Schaden auferlege.

Von der Brüsseler Zuckerkonvention.

Paris, 27. Mai. (B. L. W.) Dem „Journal de Debats“ zufolge beschloffen sich die französische Regierung mit der Eventualität, daß der deutsche Reichstag die Brüsseler Zuckerkonvention ablehne. Die französische Regierung wolle die Frage, wie der Prämienkampf erfordere, fallen unter für die französische Zuckerindustrie günstigen Bedingungen und mit Begrenzung der dem Staate auferlegenden Opfer forgesetzt werden könne. Dieses Doppelte Resultat solle durch die Aufhebung der Erzeugnisprämien und durch die Festsetzung der Exportprämien von 15 Fr. per 100 kg erreicht werden. Der Gesamtbetrag der Exportprämien dürfe jedoch 75 Millionen nicht übersteigen. Dies würde gegenüber dem gegenwärtigen Modus eine Erparnis von 25 Millionen bedeuten. Dabei würde der französische Zuckerindustrie gleichwohl eine Ausfuhr von 600 000 Tonnen gesichert werden.

Abgeordnetenhaus.

77. Sitzung vom 27. Mai, 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Graf v. Bülow, Frhr. v. Rheinbaben, v. Podbielski, Frhr. v. Hammerstein.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend „Maßnahmen zur Stärkung des Deutschthums in den Provinzen Westpreußen und Posen“.

Der Gesetzentwurf bestimmt in Art. I, daß der Kredit der An siedelungs-Kommission für die Provinzen Westpreußen und Posen von 200 Millionen auf 350 Mill. Mark erhöht wird. In Art. II wird der Staatsregierung außerdem ein Fonds von 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um in den Provinzen Westpreußen und Posen Güter zur Verwertung als Domänen oder Grundstücke zu den Forsten anzukaufen und die Kosten ihrer ersten Einrichtung zu bestreiten.

Zu der Generaldebatte ergreift das Wort

Ministerpräsident Graf v. Bülow:

Ich habe die Ehre, dem hohen Hause den Entwurf eines Gesetzes zu überreichen, das eine Abänderung der früheren Gesetze von 1886 und 1898 betreffend die Veräußerung der An siedelung in den Provinzen Westpreußen und Posen enthält. Hinsichtlich der Gründe, die die Staatsregierung zu ihrem Vorgehen bestimmt haben, kann ich mich um so kürzer fassen, als vor nicht allzulanger Zeit in diesem hohen Hause eine eingehende Debatte stattgefunden hat über die Politik der Regierung in den gemischtsprachigen Provinzen und als ich mich bei diesem Anlaß über die Haltung der Regierung und meine persönliche Stellung in dieser Frage eingehend und rückhaltlos ausgesprochen habe.

Die Frage steht meines Erachtens am letzten Ende so: Haben wir das Recht, diejenigen gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, die im Interesse der Sicherheit und Integrität der Monarchie notwendig sind? Meines Erachtens haben wir dazu nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht. Es ist für uns ein Gebot der Sicherheit, durch eine Kombination von Maßnahmen Schutzwehren aufzuführen, damit an diesen Bollwerken die staatsfeindliche großpolnische Agitation und die staatsfeindlichen großpolnischen Intriguen gescheitern. Unsere Agitation soll sich in dreifacher Richtung bewegen. Wir werden die verfassungsmäßigen Rechte unserer polnischen Mitbürger auch fernerhin gewissenhaft achten. (Unruhe bei den Polen.) Gewiß werden wir das thun, meine Herren, ich bin gar kein Freund einer Politik kleinlicher Polizeischikanen, und ich halte nichts von einer Politik der Radikalität. Aber alles, was abzielt auf eine Abänderung der bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisse, werden wir rücksichtslos unterdrücken (schwaches Bravo! rechts), und endlich werden wir auf jedem uns zugänglichen Gebiete das Deutschthum in materieller wie kultureller Beziehung zu heben und zu fördern trachten. (Bravo! rechts.)

Als ein wichtiges Glied in der Kette dieser Maßnahmen zum Schutze des Deutschthums hat sich die innere Kolonisation bewährt. Sie hat sich bewährt in politischer Beziehung, indem durch die Heranziehung betriebamer, fleißiger, mit den nötigen Selbstelementen ausgestatteter deutscher Landwirte aus allen Theilen des Reiches der deutschen ländlichen Bevölkerung in jenen Gegenden ein neues und wertvolles Element und eine nationale Unterstützung zur Abwehr deutschfeindlicher Bestrebungen zugeführt wird; sie hat sich aber auch bewährt in wirtschaftlicher Beziehung, indem durch die planmäßige An siedelung und Befiedelung der vielfach verödeten Güter, durch Meliorationen, durch rationelle Wirtschaftsführung auf den neugegründeten bäuerlichen Stellen und Zusammenschluß derselben zu leistungsfähigen Landgemeinden der Hebung der Landeskultur im allgemeinen ein wesentlicher Dienst geleistet wird. Ich habe deshalb bereits im Januar die innere Kolonisation der Provinzen Posen und Westpreußen als das wichtigste Mittel zum Schutze des Deutschthums in den bedrohten Landesstellen bezeichnet.

Von den Wechsellern, die ich damals als Mittel zum Schutze des Deutschthums in den Ostmarken gezogen habe, ist diese Vorlage der erste. Der An siedelungs-Fonds steigt sich, nachdem er bereits einmal im Jahre 1898 veräußert worden ist, allmählich seinem Ende zu. Wenn wir jene Politik fortsetzen wollen, die Fürst Bismarck 1886 mit der Zustimmung dieses hohen Hauses eingeschlagen hat, wenn wir dies in beschleunigtem Tempo thun wollen, wie es angeht, das stetigen Anwachsens polnischer Grundbesitzes in den gemischt-sprachigen Landesstellen dringend geboten erscheint, so ist die alljährliche Neuauflösung des An siedelungs-Fonds die unerläßliche Voraussetzung. Wir treten aber schon jetzt vor völliger Erschöpfung des Fonds mit dieser Forderung an Sie heran, um möglichst bald die nötigen gesetzlichen Fundamente für die Fortsetzung der bisherigen An siedelungspolitik zu erhalten und um für die mit ihrer Durchführung betrauten Behörden volle Klarheit zu schaffen. Wir fordern erhöhte Summen, weil wir mit der An siedelung in größerer Ausdehnung und zum Teil anderer Form — durch Vermehrung des staatlichen Domänenbesitzes — fortfahren wollen.

Nach ein andrer für mich sehr durchschlagender Grund kommt in Betracht die Begründung seiner Interpellation im vergangenen Januar äußerte der Herr Abg. Hohrecht: Der größte Schaden für unsre Ostmarkenpolitik entsteht, wenn unsre Landbesitzer im Osten an der Festigkeit und Stetigkeit der königlichen Staatsregierung in ihrem Vorgehen auf diesem Gebiete irre würden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Das unterbreite ich vollkommen. Dadurch, daß ich diese hohen Kredite für die innere Kolonisation der Provinzen Posen und Westpreußen von Ihnen fordere, gerade dadurch, daß wir so beträchtliche Summen für die angegebenen Zwecke auf eine Reihe von Jahren festlegen, will ich öffentlich auch vor dem ganzen Lande bekunden, daß wir diejenige Ostmarkenpolitik, die wir als die richtige erkannt haben und die ich wiederholt die Zustimmung dieses hohen Hauses gefunden hat, ohne Zögern und ohne Schwanken in ruhiger, fester und konsequenter Weise weiter verfolgen werden. (Bravo!)

Was den Inhalt der Vorlage anlangt, so wird im Artikel I der der An siedelungs-Kommission zur Verfügung gestellte Fonds um 150 Millionen erhöht. — Die An siedelungs-Kommission mag hier und da Fehler begangen haben (Sehr wahr! links), sie mag einmal ein Gut zu teuer bezahlt, ein andres an unrichtiger Stelle gekauft haben, einen im politischen Interesse empfehlenswerten Kauf aus andern Motiven abgelehnt haben, im großen und ganzen aber kann ich das Zeugnis nicht verjagt werden, daß sie ihre Aufgabe richtig erfüllt und mit Eifer und Erfolg durchgeführt hat. Wenn ihr insbesondere vorgeworfen wird, daß sie mit den bisherigen 200 Millionen noch nicht mehr erreicht hat, so glaube ich doch, daß ihr damit Unrecht geschieht. Die An siedelungspolitik ist auf Jahrzehnte berechnet, und von der Kommission, die erst 15 Jahre existiert, können nur Maßnahmen im Verhältnis zum Zeitmaße ihrer Wirksamkeit erwartet werden. Wie erfolgreich sie thatsächlich geleistet hat, geht daraus hervor, daß sie bis 1901 rund 165 000 Hektar erworben hat, von denen bereits 100 000 Hektar mit ca. 5000 deutschen Bauernfamilien besiedelt sind. Das bedeutet immerhin einen nennenswerten Zuwachs für die deutsche ländliche Bevölkerung in jenen Provinzen. Was ich dazu thun kann, damit die Kommission auch weiterhin im Bewußtsein der ihr gesteckten Ziele ihre Aufgabe immer frischer amput ohne bureaukratische Schwerfälligkeit und Engstirnigkeit, das wird geschehen. (Bravo! rechts.) Vom 1. Oktober 1901 bis zum 1. April d. J. sind der Kommission nicht weniger als 40 000 Hektar zum Verkauf angeboten worden und es erscheint empfehlenswert, daß die Kommission die günstige Konjunktur — bei dem starken Angebot werden auch die Preise verhältnismäßig wohlfeil sein — ausnützt.

Selbstverständlich kann die Parzellierung und Befiedelung der Güter mit dem Ankauf nicht immer gleichen Schritt halten. Die

nötigen Meliorationen müssen erst vorgenommen, Gebäude müssen errichtet werden usw. Vor allem fehlt es auch an dem nötigen Material geeigneter An siedler. Bisher sind, um diesem Uebelstande abzuhelfen, zwischenzeitliche Verwaltungen eingesetzt worden, die aber meist mehr geloset haben, als die Güter einbrachten. Daher empfiehlt es sich, die Güter zunächst auf kurze Frist als Ganzes zu verpachten und sie erst nach Ablauf der Pacht zu parzellieren und mit deutschen Bauern zu besetzen. Ein Teil der Güter aber, welcher sich weniger zur Parzellierung als zur Verwertung im im Großbetriebe eignet — damit komme ich zu Art. II — soll überhaupt nicht aufgeteilt, sondern als Domänen dauernd erhalten werden. Die Erhaltung wenigstens eines Teils des dortigen Großgrundbesitzes empfiehlt sich sowohl aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen. In den Domänenpächtern werden wir landwirtschaftlich nützliche und politisch zuverlässige Elemente erhalten, wie wir sie gerade in jenen Provinzen brauchen. Deshalb glaube ich Ihnen die Annahme des Artikels II im nationalen Interesse ganz besonders empfehlen zu sollen. (Sehr wahr! rechts.) Ein Widerspruch zwischen der Vermehrung des staatlichen Domänenbesitzes und zwischen unserer An siedelungs- und Befiedelungspolitik besteht nicht. Diese beiden Aufgaben ergänzen einander vielmehr. Wir müssen bei diesem Vorgehen übrigens an ein anderes Gedanken, dem schon mein Amtsvorgänger — mein großer Amtsvorgänger (Heiterkeit links) — Fürst Bismarck im Jahre 1894 in einer Ansprache an 2000 deutsche Räder, die aus Posen nach Posen gekommen waren, Ausdruck gegeben hat. Fürst Bismarck betonte damals, die Hauptsache sei, daß der Großgrundbesitz zu Domänen werde und so der staatliche Einfluß in den Ostmarken erhalten werde. Ich verweise nicht, daß wir noch eine Anzahl Domänenpächter finden werden, die in den gemischtsprachigen Provinzen Pachtungen zum lässlichen Preise übernehmen und sich bewußt sein werden, daß sie damit auch die politische Pflicht der Förderung des Deutschthums übernehmen, und, wie Fürst Bismarck sagte, fest und treu als Waack an der Weichsel und Warthe stehen werden.

Mit Entschiedenheit muß ich dagegen Verwahrung einlegen, daß etwa diese in Artikel I geforderten Millionen für irgend welche andern als nationale Zwecke Verwendung finden könnten, etwa, wie es in der Presse dieh, um verachtete Ereignisse wieder flott zu machen. Ich werde selbstverständlich streng darüber wachen (Lachen links), daß sich die mit der Leitung dieses Fonds betrauten Beamten lediglich von sachlichen und nationalen Gesichtspunkten leiten lassen.

Ich habe gesagt, daß diese Vorlage der erste Wechsel sei, den ich einlöste mit Bezug auf meine Vorschläge im Januar zur Hebung und Stärkung des bedrängten Deutschthums in den gemischtsprachigen Provinzen. Er wird nicht der letzte Wechsel bleiben. (Bravo! rechts.) Ich hoffe Ihnen im nächsten Winter weitere Vorschläge machen zu können. Zur besonderen Befriedigung gereicht es mir, Ihnen sagen zu können, daß der Herr Finanzminister mir die Zusicherung gegeben hat, daß er im nächsten Etat Mittel flüssig machen werde, um den mittleren und unteren Beamten und den Lehrern an den Volksschulen in den gemischtsprachigen Provinzen besondere Zulagen zu gewähren. (Beifolles Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ich komme zum Schluß. Das oberste Recht jedes Staates ist das Recht auf Erhaltung seiner Existenz, und die erste Pflicht jeder Regierung, die Existenz des eigenen Staates zu sichern. Wir wollen durch den vorliegenden Gesetzentwurf deutsche Sitte und Art in den gemischt-sprachigen Provinzen schützen, pflanzen und pflegen. Wir wollen in dieser Hinsicht mit Ernst, Nachdruck und Konsequenz weitergehen, damit künftige Geschlechter im Osten der Monarchie dieselbe Sicherheit, dieselbe Rechtsordnung und dieselbe preiswürdige und deutsche Gesinnung finden, wie in allen übrigen Provinzen unter dem Scepter der Hohenzollern. Dafür erbittet ich mir die Unterstützung dieses hohen Hauses. (Beifolles Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frinen (C.):

Meine Freunde sind erstaunt, daß eine so wichtige Vorlage erst gegen Schluß der Session eingebracht werden konnte. Wir können der Vorlage nicht zustimmen, da sie eine Ungerechtigkeit gegenüber den Polen bedeutet (Sehr richtig! im Centrum), die Polen sind grundsätzlich ausgeschlossen von der Befiedelung für die diese Summen gefordert werden. Das ist unbillig eine Ungerechtigkeit. Ein solches Vorgehen widerspricht, wenn auch nicht formell, so doch materiell, dem Geiste der Verfassung. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Für uns kommen auch konfessionelle Rücksichten in Betracht. Es ist Thatsache, daß durch diese ganze Politik Protestantisierung der östlichen Provinzen herbeigeführt wird, in den überwiegend meisten Fällen werden Protestanten zur Befiedelung herangezogen, fast nie Katholiken. (Sehr richtig! im Centrum.) Einen Erfolg hat die An siedelungspolitik bisher nicht gehabt, das wird von der gesamten Presse, von der Berliner Korrespondenz bis zu den Preussischen Jahrbüchern des Herrn Delbrück, zugegeben. Der deutsche Grundbesitz hat sich seit der Thätigkeit der Kommission nicht vermehrt, sondern vermindert. (Hört! hört! im Centrum.) Am allerwenigsten halten wir die Ausdehnung des Großgrundbesitzes, wie sie Artikel 2. vorseht, für wirtschaftlich empfehlenswert. Dem schließlichen Zweck dieser ganzen Politik der Auszöhlung der polnischen und deutschen Bevölkerung, wird uns diese Vorlage nicht näher bringen, sie wird uns nur weiter davon entfernen. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Wenn große Parteien dieses Hauses den Wunsch hegen, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen, so werden wir uns dem nicht widersetzen. In der Kommission werden noch mehr als im Plenum die großen Fehler und Tadel der Vorlage hervorgehoben werden können. Wir können uns allerdings nicht der Hoffnung hingeben, daß aus den Beratungen der Kommission ein Gesetzentwurf hervorgeht, dem wir schließlich zustimmen können. (Beifolles Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Szuman (Poln., auf der Tribüne völlig unverständlich)

berthelt namens seiner politischen Freunde eine Erklärung, wonach dieselben den Gesetzentwurf als einen Verstoß gegen Verfassung und Moral ansehen. Die Vorlage bezwecke die Verdrängung und Vernichtung der in den Provinzen Posen und Westpreußen angelesenen polnischen Bevölkerung.

Abg. v. Liedemann (H.):

Die Vorlage bildet ein Glied in der Kette der zur Stärkung des Deutschthums in den östlichen Provinzen erforderlichen Maßnahmen. Eine Protestantisierung des Ostens, wie sie Abg. Frinen beschrieb, wird dadurch nicht beabsichtigt. Allerdings ist die Zahl der katholischen An siedler geringer gewesen als die der protestantischen.

An dieser verhältnismäßig geringen Zuwanderung deutscher Katholiken aber trägt die Schuld die katholische Geistlichkeit, die die deutschen Katholiken auf alle mögliche Weise benachteiligt zu Gunsten der polnischen Katholiken. Auf die Thätigkeit der An siedelungs-Kommission wird in der Kommission dieses Hauses eingezogen sein. Es ist zweifellos, daß seitens der An siedelungs-Kommission auch Fehler begangen worden sind, vor allen Dingen ist sie zu bureaukratisch vorgegangen. Die Mitwirkung praktischer Landwirte beim Ankauf von Gütern ist in Zukunft mehr als bisher zu sichern. Wir begründen es mit großer Freude, daß die neue Vorlage die Möglichkeit gewährt, den deutschen Grundbesitz zu stärken und zu erhalten und in großem Maßstab Aufforstungen vorzunehmen. Die Devotierung der Wälder in der Provinz Posen ist sehr bedauerlich. Wenn der Reichsanwalt angedeutet hat, daß er uns auf diesem Gebiet noch weitere Wechsel präsentieren werde, so kann ich Ihnen namens meiner politischen Freunde erklären, daß wir bereit sind, jeden Wechsel, den er in dieser Richtung ausstellt, wie bisher voll zu acceptieren. (Beifolles rechts.)

Abg. Ehlers (fr. Dg.):

Ein so unbegrenztes Vertrauen wie der Vorredner kann ich dem Ministerpräsidenten nicht entgegenbringen. Zweifellos ist die Lage in den östlichen Provinzen sehr ernst, und das Deutschthum wird alle Kraft aufbieten müssen, um sich in diesen Provinzen dauernd zu erhalten. Man darf sich bei diesem Kampfe auch nicht durch irgend eine Theorie abhalten lassen, die nationalen Interessen zu verteidigen. Bei unsren verehrten Gegnern, den Polen, läßt ja auch die nationale Energie nichts zu wünschen übrig. Ich kann nur wünschen, daß bei uns Deutschen dieselbe Fähigkeit und Energie walte wie bei den Polen. (Sehr richtig! rechts.) Der Hebel wird an jenen Stellen anzusetzen sein, wo Maßnahmen zur Förderung der Thätigkeit, des Fleißes und der Sparsamkeit der deutschen Einwohner zu ergreifen sind. Die Vorlage scheint uns aber für diese Zwecke nicht die richtigen Mittel anzubieten. Der Vorwurf des mangelnden Patriotismus, der den Gegnern der Vorlage gemacht wird, läßt uns sehr kalt; durch solche Einwände lassen wir uns nicht beeinflussen. Es ist mir etwas unklar, wie der Ministerpräsident behaupten konnte, das An siedelungswert habe sich bisher bewährt. Die Resultate der bisherigen An siedelungs-Kommission geben doch zu einem solchen Optimismus keinen Anlaß. Jedenfalls ist es eigenlämlich, uns jetzt zu Ende Mai plötzlich eine weitere Forderung von einer Viertelmilliarde vorzulegen, von der 150 Millionen Mark zur Erhöhung des Fonds der An siedelungs-Kommission dienen sollen. Es wird sorgfältig zu prüfen sein, ob nicht ein geringerer Betrag als 150 Millionen zur Fortsetzung des An siedelungswertes ausreichen würden. Ich bin allerdings überzeugt, daß die 150 Millionen von der Mehrheit dieses Hauses glatt bewilligt werden, und wenn der Ministerpräsident 250 Millionen dafür forderte, so würden sie auch bewilligt. (Heiterkeit.) Für gewisse Dinge ist aber, wie der Kaufmann sagt, Meinung vorhanden, für andre, wie z. B. für den Kanal, ist keine Meinung da. (Heiterkeit links.) Wenn es sich um die Polen handelt, so kommt es auf 100 Millionen nicht an. Weiter verlangt die Vorlage 100 Millionen zur Schaffung von Domänen und für Aufforstungen. Gewiß ist die Vornahme von Aufforstungen eine der dringendsten Aufgaben in den östlichen Provinzen, um die bedauerlichen Waldverwüstungen wieder gut zu machen, aber es ist mir doch zweifelhaft, wie diese Frage in ein Gesetz zur Stärkung des Deutschthums hinein kommt. In der Kommissionsberatung wird die Höhe der Summen von 150 und 100 Millionen ersticht zu prüfen sein. Dazu sind meine Freunde bereit, wir sind aber nicht in der Lage, von vorn herein mit beiden Füssen auf den Boden der Bewilligung der 250 Millionen zu treten. (Beifolles links.)

Abg. Dr. Wolff-Gorki (L.):

Ich habe namens der konservativen Partei zu erklären, daß sie den Gesetzentwurf gern annehmen wird, natürlich nach genauerer Beratung in einer Kommission, als deren Mitgliederzahl ich 27 vorschlage. Die Vorwürfe gegen die Thätigkeit der An siedelungs-Kommission halte ich für unbedeutend. Der Hinweis darauf, daß trotz der An siedelungsthätigkeit mehr Grundbesitz aus deutscher in polnische Hand übergegangen ist als umgekehrt, ist nicht stichhaltig; es wäre eben ohne das An siedelungswert das polnische Element in noch weit höherem Grade gefläßt worden. Mehr Wert als bisher muß gelegt werden auf die Stärkung des Deutschthums in den kleinen Städten der östlichen Provinzen. Beim Ankauf der Güter sollte man ohne Engstirnigkeit vorgehen; es darf hier unter Umständen auf eine Summe von 20 000 Mark nicht ankommen. (Sehr richtig! rechts.) Wir hoffen, daß die Vorlage es ermöglicht, die bedrängte Lage der deutschen Landwirtschaft im Osten zu bessern. Auf eine Verdrängung oder Vernichtung der Polen aber ist es dabei nicht abgesehen, sondern nur auf ihre Verschmelzung mit dem Deutschthum.

Abg. Richter (fr. Dg.):

Auch wir sind der Meinung, daß die östlichen Provinzen unter allen Umständen als Bestandteile Preußens und des Deutschen Reiches erhalten bleiben müssen. Aber eben deshalb darf man ihren Bewohnern nicht die gleichen politischen Rechte wie allen andern Staatsbürgern vorenthalten. Wir erachten die Vorlage, wie die Gesetze von 1886 und 1898, für im Widerspruch stehend mit dem Artikel der Verfassung, daß alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind. Denn die Polen werden durch dies Gesetz principell ausgeschlossen von dem Recht, sich anzusiedeln auf den vom Staat erworbenen Gütern. Wir sind Gegner jeder Ausnahme-Gesetzgebung, nicht aus besonderer Sympathie für die Polen, von denen uns, obgleich sie sehr lebenswürdige Nachbarn sind (Heiterkeit links), doch tief politische Gegensätze scheiden. So zeigen z. B. die Verhandlungen über den Zolltarif, daß die Polen unter den Avarizern zu den Extremen gehören. Es ist aber eine eigentümliche Erscheinung, daß in demselben Augenblick, wo an der Verdrängung der Diktaturparagrafen aufgehoben wird, hier ein solches Ausnahmegesetz für den Osten eingebracht wird. (Sehr richtig! links.) Solche Ausnahmegesetze haben in Wirklichkeit nur den Erfolg, daß sie die Betroffenen um so enger zusammenzudrängen, ihre Solidaritätsgesinnung und ihren Widerstand stärken. Das Sozialistengesetz hat die socialdemokratische Partei in Deutschland so zusammengeknüdet, daß sie stärker geworden ist, als irgend eine andre Partei. Auch die früheren An siedelungsgesetze von 1886 und 1898 haben ihren Zweck in keiner Weise erreicht. Bismarck sagte am 28. Januar 1886, das Widerstreben gegen eine Assimilation mit dem Deutschthum beruhe fast ausschließlich auf dem polnischen Adel; dann kam es darauf an, diesen gewissermaßen zu expatriieren. In den 16 Jahren seit 1886 sind aber im ganzen nur 112 polnische Großgrundbesitzer angekauft worden. Später erstreckten sich die Käufe weit mehr auf deutschen wie auf polnischen Großgrundbesitz. Im letzten Jahre ist nur 1/4 der Verkäufe aus polnischer Hand, 3/4 aber aus deutscher Hand erfolgt. (Hört! hört! links.) In den letzten vier Jahren sind angekauft worden 15 000 Hektar von polnischen und 52 000 Hektar von deutschen Besitzern! So haben sich die Absichten Bismarcks verwirklicht! Die Gesetze von 1886 und 1898 haben außerordentlich viel dazu beigetragen, die Energie und das Solidaritätsbewußtsein der Polen zu stärken, sie haben zur Gründung von landwirtschaftlichen Genossenschaften, Sparbanken usw. geführt. Bismarck meinte damals, die polnischen Großgrundbesitzer, denen der preussische Staat ihre Güter abgekauft habe, würden zahlreich ins Ausland gehen, nach Rußland oder nach Paris und Montecarlo. Auch diese Vermutung hat sich nicht erfüllt, nur 23 der ausgekauften polnischen Großgrundbesitzer sind ins Ausland gegangen und das den Polen bezahlte Geld ist nicht in Paris vergeudet oder in Monaco verpilzt worden, sondern es ist verwendet worden zur Stärkung des polnischen Einkommens und zur Erhaltung des polnischen Grundbesitzes im Inlande. So haben jene Gesetze nur eine Stärkung des polnischen Besitzes bewirkt, anstatt ihn zu schwächen. Dazu kommt, daß der Preis der Güter durch die starke Nachfrage des Staates ganz außerordentlich — um 100—140 Prozent — gesteigert worden ist. Infolgedessen genießen auch die polnischen Grundbesitzer einen höheren Kredit als bisher, und es kann der polnische Grundbesitz leichter als früher auch in schwächer Hand erhalten werden. Ein starkes nationales Gefühl hält die polnischen Grundbesitzer davon ab, ihre Güter zu veräußern, ein Gefühl, das bei den deutschen Grundbesitzern nicht in demselben Maße entwickelt ist. Im Gegenteil, die deutschen Großgrundbesitzer sind stets geneigt, ihre Lage der An siedelungs-Kommission so schwarz wie möglich zu schildern, von der notleidenden Landwirtschaft zu reden und dadurch möglichst hohe Preise herauszuschlagen. Das ganze bisherige Vorgehen der An siedelungs-Kommission ist überaus verfehlt. Daß man seinen Zweck bezüglich des mittleren und kleineren Grundbesitzes nicht erreicht hat, wird ja jetzt öfter zugegeben. Es werden ja jetzt alle jene Grundstücke, von denen man bei den Gesetzen von 1886 und 1898 ausging, umgestoßen;

Damals gab Fürst Bismarck die Parole aus, den Großgrundbesitz zu vermindern und in kleinen Teilen zu kolonisieren, während heute die Vermehrung des Großgrundbesitzes und die Schaffung eines großen Domänenbesitzes als Ziel der Vorlage bezeichnet wird. Es sind in den 16 Jahren im ganzen 4695 Anstellungen neu begründet worden. Von den Anstellern stammten 1770 aus den Provinzen Posen und Westpreußen; es bleiben also noch nicht einmal 3000 Ansteller übrig, deren Zuwanderung eine Stärkung des deutschen Elements in Posen und Westpreußen bedeutet. Man hat ja auch die Bildung von Rentengütern immer mehr erschwert; es sind 1600 Rentengüter eingeteilt, aber noch nicht vergeben. Jetzt soll nun der Grundbesitz in toter Hand noch weiter vermehrt werden. Ist das etwa ein Kulturfortschritt? Ich nenne solche Maßnahmen das gerade Gegenteil von Kultur. In das Reich der Phantastie gehört der Gedanke, daß sich deutsche Arbeiter für die Forstarbeiten in jenen Provinzen anwerben lassen würden. Sogar die Industrie des Westens kommt ja nicht mehr ohne polnische Arbeiter aus; wie kann man glauben, daß sich deutsche Arbeiter für sehr geringen Lohn nach den Ostmarken ziehen lassen würden? Der polnische Arbeiter bildet eben auch gar keine Gefahr für die Germanisierung. Das hat Fürst Bismarck selbst einmal anerkannt. In der Begründung wird weiter gesagt, daß die Forensen des Domänen nicht genug schützten. Ich habe mir das Gemeindegeld holen lassen und gefunden, daß zu diesen Forensen die Edelstein der Nation gehören, regierende Fürsten, hohe Adelige, Prinzen, Freiherren usw. Lesen Sie einmal das Verzeichnis durch, und Sie werden staunen über die noble Gesellschaft. (Große Heiterkeit.) Diese Edeln haben ihre Leistungen verpacket; sollen diese Pächter schlechter als die Domänenpächter sein, diese Ministerlandwirte? Beim Domänen-Gut werden uns von der rechten Seite des Hauses immer ganz andre Bilder entrollt, da werden die verachteten Existenzen unter den Domänenpächtern zur Schau gestellt, da wird erzählt, daß sich überhaupt kein neuer Pächter für die Domänen finde. Alle Erfahrungen sprechen gegen die Vermehrung des Domänenbesitzes. Man bricht hier mit den Grundlagen der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung. Die ganze Kanalvorlage hätte einen Aufwand von 389 Millionen erfordert; hier werden 450 Millionen für eine durch und durch verfehlte Gesetzgebung hinausgeworfen, wieviel Dämme könnten damit gebaut werden, wieviel Beamten könnte der Wohnungsbauausbau erhöht werden. Die Regierung besetzt sich sonst immer auf die schlechte Finanzlage. In einer in der Justizkommission verhandelten Petition wurde die Einführung der Schreibmaschine für die Justizbehörden als etwas sehr Wünschenswertes bezeichnet, worauf der Regierungskommissar erklärte, daß bei der schlechten Finanzlage für Schreibmaschinen bei den Gerichten kein Gelder flüssig zu machen seien. (Große Heiterkeit.) Selbst wenn, was ich bestritte, die Vorlage dem Lande nützte, so müßte sie doch einen Rückschlag des Deutschtums in den Städten zur Folge haben. Die Verhältnisse werden dort nachgerade so schlecht, daß die deutschen Gewerbetreibenden zum Wandersitze greifen müssen. Die Polenhege führt zur vollständigen Abschließung der Polen von den Deutschen. Aber auch die deutschen Beamten schließen sich mandarinmäßig, lastenartig in sich selbst ab.

Herr Frick hat vollständig recht mit der Ansicht, daß die Vorlage bei so vorgerückter Stunde nicht gründlich genug durchberaten werden kann. So leicht gearbeitet wie diese Vorlage ist mir überhaupt noch keine vorgekommen. Herr von Bobbielski, nehmen Sie mir's nicht übel: die Vorlage sieht aus, als sei sie vom Sattel herab diffamiert worden. (Stürmische Heiterkeit.) Man will im beschleunigten Tempo eine Attacke machen über Stock und Stein, eine Attacke, die in den Sumpf führt. Wir sind für die Vorlage nicht zu haben, sie macht nur in Chauvinismus und Ueberdeutschtum. (Heiterkeit.) Was man uns verküppelt, wie man will! Man hat uns, als wir das Sozialistengesetz ablehnten, Feinde der staatlichen Grundlagen genannt, man hat uns, als wir Gegner des Kulturkampfes waren, das Verständnis für den Protestantismus abgesprochen, man hat uns, als wir die zweijährige Dienstzeit forderten, nachgesagt, wir wollten Deutschland wehrlos machen — wir werden es auch jetzt ertragen, wenn man uns Mangel an nationalem Gefühl vorwirft. Wir lehnen die Vorlage rundweg ab. (Lebhafte Beifall links.)

Finanzminister Herr v. Helldobaden: Dem polnischen Vertreter will ich nicht antworten. Seine Angriffe verbiethen mir das. Die Polen haben uns zu unserem Vorgehen gezwungen, von einer Ungerechtigkeits kann daher keine Rede sein. Was diese Vorlage mit dem Distriktparagraphen zu thun haben soll, verstehe ich nicht. Wir haben keine Distrikte in den polnischen Provinzen gelbt. Nicht unser Vorgehen hat die Polen angeschlossen, sondern durch die Agitation der Polen sind wir zu unserem Vorgehen gezwungen. Schon jetzt noch einem halben Menschenalter ein abschließendes Urteil über die Anstellungscommission zu fällen, ist ganz verfehlt, ihre Thätigkeit kann erst nach Jahrzehnten zur vollen Geltung kommen. Wir wollen mit dieser Vorlage den dokumentarischen Beweis liefern, daß die Zeit des Schwankens für die Staatsregierung vorüber ist. Für uns giebt es kein Rückwärts mehr, sondern nur noch ein Vorwärts. (Lebhafte Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Das Wort des Herrn Richter vom Ueberdeutschtum hat mich schmerzlich berührt. Wenn man weiß, wie der Deutsche in den Ostprovinzen ringen muß um seine Existenz (Sehr richtig! rechts), kann man ein solches Wort nicht verstehen. Uns fehlt nicht ein Ueberdeutschtum, sondern wenn ich so sagen soll, vielmehr ein Unterdeutschtum. (Bravo! rechts, Lachen links.) — Ueber die Thätigkeit der Anstellungscommission kam erst nach 50, ja nach 100 Jahren ein abschließendes Urteil gefällt werden. Die heutige Debatte hat mich wieder an das Wort erinnert, und Deutschen fehlt die Kunst zu warten. Ruzugeben ist, Herr Richter, daß die Güterpreise in Posen in der letzten Zeit erheblich gestiegen sind. Die Anstellungscommission wird daher nicht jedes Angebot annehmen können und wird sich vor allem davor zu hüten haben, wie man gesagt hat, verachteten Existenzen wieder aufzufischen. Eine Nation, die, wie die unsrige, so große Opfer für diese Landesstelle gebracht hat, darf ihre nationalen Aufgaben im Osten nicht verleugnen, und daher werden wir in unserer bisherigen Politik zum Wohle des Deutschtums fortfahren. (Lebhafte Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Sattler (nat.): Mit Freunden habe ich es begrüßt, daß Herr Frick im Gegensatz zu der früheren Stellung seiner Freunde zugab, daß eine formelle Verlegung der Verfassung in dieser Vorlage nicht erblickt werden könne. Die Anstellungscommission hat sich unweifelhaft große Verdienste erworben. Mit dem neuen Gedanken der vermehrten Schaffung von Domänenältern sind wir einverstanden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Reich (C.): Meine Freunde sehen nur formell keine Verfassungsverletzung in der Vorlage, materiell steht zweifellos dieses Gesetz mit der Verfassung in Widerspruch. Wenn der Herr Reichsminister gemeint hat, diese Vorlage bedeute erst den ersten Schritt, es wären noch andre folgen, so möchte ich ihm doch dringend raten, zu handeln wie ein vorsichtiger Kaufmann, der möglichst wenig mit Wechseln umgeht. (Sehr richtig! im Centrum.)

Abg. Radmus (sl.) erklärt sich mit der Vorlage durchaus einverstanden.

Abg. Dr. v. Seydewitz u. v. Lasa (L.): Die Schaffung neuer großer Domänen entspricht einem von uns seit langer Zeit gehegten Wunsche, dessen Erfüllung wir auf das freudigste begrüßen. Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Verfüllt bemerkt: Abg. Richter (fr. Sp.): Das Wort „überdeutsch“ habe ich in keiner Beziehung zu Anstellern gebraucht, sondern als Bezeichnung für jenen Ueberdeutschtum nationalen Empfindens, der Maßnahmen empfiehlt, die in ihrer Wirkung das Deutschtum nicht stärken, sondern schwächen.

Der Entwurf wird hierauf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.
Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Erste Lesung der Vorlage betreffend die Main-Redarbahn, erste Beratung des Entwurfs betreffend die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst, erste Beratung des Ausführungsgesetzes zum Fleischbeschau-gesetz. Antrag Kling betreffend Schlachtvieh-Versicherung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Zolltarif-Kommission des Reichstags

hat gestern ihre Beratungen wieder aufgenommen, doch hat der Arbeiterseifer sich etwas abgekühlt. Die Verhandlungen sollen nicht mehr wie bisher um 9 Uhr, sondern erst um 10 Uhr beginnen und mit einer einstündigen Mittagspause bis um 5 Uhr geführt werden. Der Sonnabend bleibt wie bisher freigelegt.
Zunächst werden sechs Positionen zusammengefaßt, die die Zölle auf Bienenwachs, Pflanzenwachs, Erdwachs, Wachdrückstände, Weichparaffin, Paraffin, Ceresin etc. in der bisherigen Höhe belassen. Der Zoll auf Stearinsäure soll um fünf Mark erhöht werden, ebenso der Zoll auf Lichte. Für Wachswaren soll der Zoll der gleiche bleiben. Die Sozialdemokraten beantragen für alle diese Positionen Zollfreiheit. Die Freistimmigen Ermäßigung resp. Beibehaltung der bisherigen Sätze.
Wollensbühr (Soc.): Durch die Gerbstoffzölle wird die Eisenrinde und andre vegetabilische Gerbstoffe aus der Lederindustrie verschwinden und durch Chrom ersetzt werden. Mit dem Verschwinden der Eisenrinde aus der Gerberei verschwindet die Stiefelwäpche aus der Arbeitsstätte des Stiefelbachers und wird durch eine Creme ersetzt, dessen Grundstoff Wachs ist. Wird die Wäpche durch Wachsmischungen ersetzt, dann steigt die Nachfrage nach Wachs, und eine Preissteigerung wird entstehen, die im Interesse der Industriellen, die Wachs als Rohstoffe gebrauchen, nicht durch Zölle verschärft werden darf. Erdwachs muß man frei lassen, um unsrer Kabellefabrikation die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu ermöglichen. Stearinsäure ist der Rohstoff der Kerzenfabrikation, die so wie so schon durch die Konkurrenz anderer Leuchtungsarten verdrängt wird. Weichparaffin muß man frei lassen, weil dieses der Stoff ist, der gebraucht wird, wenn man in der Zündholzfabrikation den weichen Phosphor verdrängen will. Bei den sogenannten schwedischen Zündhölzern wird dort Weichparaffin gebraucht, wo bei Phosphorhölzern Schwefel gebraucht wird.
Gothein (fr. Sp.) legt dar, wie wichtig es für die blühende heimische Kabellefabrikation sei, daß ihr das Ceresin als Rohmaterial nicht verteuert werde. — Die heimische Kerzenfabrikation erheische eine Minderung des Zollsages für Stearin und Paraffin.
Wesl (fr. Sp.) tritt ebenfalls für eine Herabsetzung der Zollsätze ein.

Gerold (C.) erklärt, im Interesse der Kerzenindustrie für den Antrag Gothein zu Pos. 248 stimmen zu wollen.

Stadthagen: In der Kerzenfabrikation ist noch eine weiterverbreitete Kleinindustrie vorhanden, die eine Erhöhung der Preise der Rohstoffe nicht vertragen kann. Die Rohstoffe werden von Großindustriellen gefordert, die in Syndikaten vereinigt sind. Die Kerzenfabriken würden der Willkür des Paraffinsyndikats preisgegeben sein, wenn das Syndikat noch durch hohe Schutzzölle gestützt würde.

Nach weiterer Debatte werden die Zollsätze der Regierungsvorlage mit der Abänderung angenommen, daß der Zoll für Stearinsäure auf 10, der Zoll auf Ceresin auf 8 M. nach dem Antrag Gothein ermäßigt wird.

Die nächsten Positionen werden wieder zusammengefaßt. Sie legen auf Schmierseife, feste Seife, feine weiche Seife Zollsätze von 5, bezw. 10, bezw. 30 M. wie bisher.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.
Stadthagen (Soc.): Die Seifenfabrikanten haben keine Erhöhung der Zölle gewünscht. Der Grund liegt wohl darin, daß Repressalien von andern Ländern befürchtet werden. Diese sind völlig ausgeschlossen, wenn wir Zollfreiheit haben. Die Erhöhung des Seifenverbrauchs ist im Interesse der Kultur und der Gesundheit zu wünschen. Die Ausfuhr von Seife übersteigt die Einfuhr erheblich. 1901 wurden 16048 Doppelcentner eingeführt und 88808 Doppelcentner ausgeführt. Sollte durch den Zoll der Preis der Seife steigen, dann werden die Waschkrauen, die doch sehr arme Leute sind, geschädigt. Die Kummerlung zu diesen Positionen, wodurch Ersatzstoffe mit 30 M. verzollt werden sollen, hindert den Kulturfortschritt. Solche Ersatzstoffe sind jetzt zollfrei. Ein Grund wird für den Zoll nicht angegeben. Man geht hier aber den hohen Satz von 30 M. für Ersatzstoffe fest, die Produkte ersetzen sollen, die mit 5 M. versteuert werden. Diese Art Zollpolitik ist geradezu unverständlich.

Geheimrat v. Heule: So lange die Rohstoffe, aus denen Seife hergestellt wird, nicht zollfrei sind, muß auch für Seife Zoll erhoben werden. Die Ersatzstoffe sollen in demselben Verhältnis verzollt werden, wie die Seife, die sie ersetzen sollen.

Nach weiterer Debatte werden die Sätze der Regierungsvorlage angenommen.

Für Glycerin wird, wie bisher, Zollfreiheit bewilligt. Der Zoll auf Vaselin (Salbe) und Lanolin soll nach der Vorlage von 10 auf 12 M. erhöht werden. Gothein (fr. Sp.) beantragt den bisherigen Satz, während die Sozialdemokraten Zollfreiheit verlangen.

Stadthagen (Soc.): Lanolin und Vaselin werden auch zu Heilzwecken gebraucht. Man solle die zu Heilzwecken dienenden Stoffe nicht durch Zölle verteuern.

Geher (Soc.): Die Zölle auf Heilmittel treffen die Krankenlassen schwer. Die Krankenlassen leiden schon schwer unter den exorbitant hohen Apothekerpreisen.

Unter Ablehnung aller Anträge werden die Sätze der Regierungsvorlage angenommen.

Die nächsten Positionen legen auf Wagenschmiere und andre Schmiermittel einen Zoll von 10 beziehungsweise 12 M. (bisher 10 M.).

Stadthagen (Soc.) tritt für Zollfreiheit ein im Interesse der Landwirtschaft. Die Landwirthe kommen hier als Hauptverbraucher in Betracht. Für den hohen Zoll wird nur angeführt, daß die Zollabfertigung dadurch erleichtert wird. Bisher wurde für Wagenschmiere aus mineralischem Oel 10 M. Zoll und ohne solchen Zusatz 3 M. Zoll erhoben. Können die Zollbeamten die verschiedenen Arten nicht unterscheiden, dann hätte man nicht den höchsten, sondern den niedrigsten Satz nehmen sollen.

Reitich (L.) erklärt, mit Wagenschmiere würden die Landwirthe am argsten geschädigt. Das würde noch schlimmer werden, wenn die ausländische Schandware zu niedrigem Zollsatze eingelassen werde.

Die Sätze der Vorlage werden angenommen, ebenso ihre Sätze auf Schuhwäpche, die eine Erhöhung des Zolles auf flüssige Wäpche um 3 M. bringen.

In der Nachmittagsung werden zunächst die Zollsätze auf Puhmittel und Formearbeiten beraten. Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Stadthagen: Für die Zollserhöhungen wird angeführt, daß die Formearbeiten aus Stearin, Paraffin in der Regel sehr fein gearbeitet sind. Von den hier genannten Waren hat Deutschland eine erheblich größere Ausfuhr als Einfuhr. Man fordert durch solche Zölle Repressalien heraus, wodurch die deutsche Industrie schwer geschädigt wird. Eine Anzahl von Unternehmern, welche die hier genannten Waren herstellen, wollen keine Zollserhöhung. Sie behaupten, daß nur einige besonders unfähige Fabrikanten Anhänger des Schutzzoll seien. Man darf aber nicht die Unfähigkeit durch Zoll fördern.

Nach längerer Debatte werden die Sätze der Regierungsvorlage angenommen.

Quecksilber bleibt wie bisher zollfrei, ebenso Alkalimetalle und auf Antrag Gothein andre sonst nicht benannte Metalle.
Brom und seine Verbindungen sollen nach der Vorlage zollfrei bleiben.

Krendt (Sp.) beantragt einen gegen die Vereinigten Staaten, des „einzigen Konkurrenzlandes“, gerichteten Kampfzoll von 100 M. Direktor Vermuth: Seit einer Reihe von Jahren erscheint immer ein Doppelcentner in der Einfuhr. Die Ausfuhr aber beträgt 2281 Doppelcentner. Das Syndikat hat immer die Preise erhöht und zwar in ganz kurzer Zeit von 230 M. auf 375 M. Amerika habe gar kein Interesse daran, den einen Doppelcentner billiger einzuführen. Das Syndikat zu unterstützen, hat die Gesetzgebung keine Ursache.

Wollensbühr: Die Petition, welche diesen Zoll verlangt, ist der Gipfel der Unberücksichtigung. Die Produktion ist in Händen eines Syndikats. Der Zoll von 100 M. würde eine Erhöhung des Preises von 100 M. bedeuten. Der Zoll würde nur bewirken, daß Deutschland und Amerika, die einzigen Brom erzeugenden Länder, den teuersten Brom auf der Welt haben; die Bromverbraucher würden geschädigt werden.

Dr. Krendt (Sp.): Schon früher sei es zu Zwistigkeiten zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Bromsyndikat gekommen. Damals sei das deutsche Syndikat gezwungen gewesen, amerikanisches Brom anzulassen, um es zu vermeiden.

Direktor Vermuth verweist darauf, daß die Bromerzeugung sehr rentabel gewesen sei. Als der Preis zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Syndikat ausbrach, stieg die Einfuhr auf 56 Doppelcentner, der Preis aber ging trotzdem nicht zurück.

Stadthagen (Soc.): Die Cofinfabrikanten klagen schon jetzt über hohe Brompreise. Die Preissteigerung sei ganz enorm gewesen. Wenn das Syndikat trotzdem behauptet, nicht existieren zu können, dann müsse die Bromfabrikation verstaatlicht werden.

Dr. Hahn (B. d. L.) beantragt nunmehr auch für Bromverbindungen einen Zollsatz von 100 M.

Gerold (C.) ist gegen den Zoll, weil die Syndikate es zu leicht hätten, ihre Abnehmer zu schädigen.

Dr. Müller-Sagon (fr. Sp.) giebt seiner Ueberzeugung über die Anträge Ausdruck, die doch nur den Effekt hätten, zwei Kartelle zu unterstützen.

Nach weiterer Diskussion wurden die Anträge Krendt und Hahn abgelehnt und die Vorlage angenommen.
Job bleibt wie bisher zollfrei, ebenso auf Antrag Gothein (fr. Sp.) Phosphor, der in der Regierungsvorlage mit einem Zoll von 10 M. auf roten und 3 M. auf gelben Phosphor belegt war. Zollfrei bleiben ferner Schwefel und Salmiakgeist.
Hierauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch 10 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Die Juckersteuer-Kommission des Reichstags trat am Dienstag nach den Pfingstferien zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Auf Anregung des Vorsitzenden wurde der Berichterstatter für das Plenum sofort bestimmt und der Abg. Sped (C.) dazu ernannt.

Es wird beschlossen, zunächst die Generaldebatte zu eröffnen.
Abg. Müller-Julda (C.) fragt an, wie es dem mit der Möglichkeit eines Anschlusses von Rußland und Amerika an die Brüsseler Konvention stehe.

Direktor im Auswärtigen Amt Dr. v. Körner erwidert, daß Rußland an den einleitenden Verhandlungen über eine Konvention im Jahre 1898 sich beteiligt habe, im späteren Verlauf der Verhandlungen aber nur informiert worden sei. Es liege nichts vor, was den Beitritt Rußlands zur Konvention ausschließen könnte. Amerika dagegen sei zur Konferenz nicht erst eingeladen worden, weil man bei ihm eine strikte Ablehnung voraussetze.

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.) hält es für durchaus sicher, daß weder Rußland noch Amerika der Konvention beitreten werden. Beide Staaten gingen zielbewußt darauf aus, den Innenmarkt zu erhalten und nach Möglichkeit zu exportieren. England habe sich bei der Konvention ziemlich freie Hand vorbehalten. Nach dem Wortlaut des Vertrages ist es nicht ausgeschlossen, daß England rassistem Jucker eine Prämie gewährt.

Direktor im Auswärtigen Amt Dr. v. Körner hält diese Auffassung des Grafen Limburg für durchaus unrichtig. Durch die Konvention sei unbedingt festgesetzt, daß Prämien unter keinen Umständen gewährt werden dürfen.

Abg. Sped (C.): Wenn die Auslegung der Konvention, wie sie Herr v. Körner gegeben hat, von England bestätigt wird, dann würde viel weniger Widerspruch erfolgen. Man hätte bei den Verhandlungen in Brüssel dahin wirken sollen, daß absolut jede Prämie direkter oder indirekter Natur verboten würde.

Abg. Müller-Julda (C.) hält die Auffassung, die Herr v. Körner gegeben hat, für dürrig und stellt weitere Fragen in Bezug auf England.

Geheimrat Kühn erklärt, daß jedes Land bezüglich der Zollgesetzgebung selbständig sei. England könne nach der Konvention keinerlei Begünstigung einführen. Die internationale Kommission, die in der Konvention vorgesehen sei, sei besonders wertvoll.

Direktor im Auswärtigen Amt Dr. v. Körner verweist auf Art. 1 der Konvention, wonach keine Prämien mehr zugelassen werden sollen. Die Protokolle der Brüsseler Konferenz seien informativ Natur; maßgebend sei immer nur der Wortlaut der Konvention, der zum Teil mit den Protokollen nicht übereinstimme.

Abg. Müller-Julda (C.): Die Erklärungen der Regierung hätten seine Bedenken beseitigt, so namentlich bezüglich des Entrepot-Systems. Auch bezüglich der Melasse müsse jede Begünstigung ausgeschlossen sein.

Nachdem auf eine Anregung des Abg. Müller-Julda (C.) auf billige Frachten für Jucker im Interesse der Landwirtschaft der Schatzsekretär Herr v. Thielmann mitgeteilt hat, daß bereits Frachtermäßigungen stattgefunden, so von Magdeburg nach Stralsburg, wird die Generaldiskussion geschlossen.

In der Specialdiskussion über die Brüsseler Konvention entspinnt sich erst bei Artikel 3, der von der Legitimierung des Ueberzolls handelt, eine Debatte, die im wesentlichen auf die in der Generaldiskussion erörterten Fragen zurückgreift. Die verschiedenen Auffassungen über die künftige Juckerpolitik Englands kommen dabei zum Ausdruck. Von Regierungvertretern wird versichert, daß mehr von England nicht zu erreichen gewesen sei.

Abg. Müller-Julda (C.) fragt die Regierung, welche Gründe maßgebend gewesen seien, die Konzession Englands, die Konvention erst 1904 (statt 1903) eintreten zu lassen, nicht zu acceptieren.

Direktor v. Körner erwidert, daß England als Gegenleistung für diese Konzession die Herabsetzung der Surtage auf 5 Fr. verlangt hätte.

Auf eine weitere Anfrage des Abg. Müller-Julda erklärt Schatzsekretär v. Thielmann, der Juckerzoll des Zolltarifs würde das Maximum der Surtage zum Ausdruck bringen.

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.) hält es für wünschenswert, die ganze Surtage abzuschaffen. Die Surtage ermäßige immer noch die Bildung schädlicher Kartelle.

Wurm (Soc.) vertritt den gleichen Standpunkt. Wenn auch Müller-Julda von der Konkurrenz der Schwarzen, der Russen und Nigger, die den Holzucker herstellen, gesprochen hat, so muß festgehalten werden, daß auch die Arbeiter in der heimischen Zuckerindustrie die Kulis unter den deutschen Arbeitern seien.

Bei Artikel 5 wird die Weiterberatung auf Mittwoch 10 Uhr vertagt.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Die von der Buchhandlung Vorwärts in Bismarckstr. 10 Hf. herausgegebene illustrierte Romanbibliothek „In freien Stunden“ liegt jetzt die zum 21. Heft vor. Neben dem mit prächtigen, für den Inhalt charakteristischen Zeichnungen geschmückten Roman „Der Wald“ von Eyndorf, der bei dem Leserkreis reichen Beifall gefunden hat, fesselt auch der stimmungsvolle Lustige Roman „Ein Seemann“ namentlich die Frauenwelt und die Jugend, so daß wir wiederum unsere Leser auf diese Romanbibliothek aufmerksam machen, die zur Verdrängung der leider auch

In unseren Arbeiterkreisen noch vielfach verbreiteten Schundroman-Literatur bestimmt ist. Jede Durchhandlung und jeder Kolporteur nimmt Bestellungen entgegen.

Zu den bedauerlichen Zwistigkeiten, die seit zwei Jahren in der sozialdemokratischen Partei in Nürnberg eingetreten sind, spielte von Anfang an der freisinnige „Frankfurter Kurier“ eine nicht geringe Rolle. Das Blatt bemühte sich stets — und nicht immer mit den reichlichsten Mitteln — den Zwist in den Reihen unserer Genossen zu schüren, um für die eigenen Parteizwecke im Trüben zu fischen. Besonders suchte es durch seine sogenannten Zuschriften „aus sozialdemokratischen Kreisen“ gegen die Führer unserer Partei zu beugen und sie vor der Masse der Genossen zu verächtigen. Neuerdings ist es der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins, Genosse Rudolph, den sich das Blatt zum Zielpunkt seiner Ragnationen ausgesucht hat. Es brachte eine Zuschrift, abermals „aus sozialdemokratischen Kreisen“, in der dem Genossen R. vorgeworfen wird, daß er für den „Kurier“ gegen die Partei geschrieben habe. Die Zuschrift wird ohne jede Bemerkung abgedruckt, obwohl die Redaktion ganz genau weiß, daß die Beschildigung nichts als eine elende Verächtlichmachung ist. Man rechnet eben auf das Mißtrauen und die erregte Stimmung der Nürnberger Genossen. Um solche Verächtlichmachungen für die Zukunft abzuwehren, sah sich Genosse Rudolph genötigt, den verantwortlichen Redakteur des „Kuriers“ wegen verleumdender Beleidigung zu verklagen.

Im Wahlkreise Ansbach-Schwabach versammelten sich am Sonntag die Vertreter unserer Partei, um die Kandidatenfrage für die nächsten Reichstagswahlen zu regeln. Kandidat war bisher der erst kürzlich aus dem sozialdemokratischen Verein Nürnberg ausgeschlossene Genosse R. o. p. Er wurde mit 9 gegen 5 Stimmen wieder als Kandidat aufgestellt.

Die Genossen in Ansbach hätten wohl die Angelegenheit verschoben können, bis der Landesparteitag gesprochen hat. Kopf ist allerdings durch den Beschluß des Nürnberger Vereins noch nicht endgültig aus der Partei ausgeschlossen, aber es kann doch unmöglich der Partei zum Vorteile gereichen, wenn ihre einzelnen Organisationsglieder so gegeneinander beschließen.

Im 14. sächsischen Reichstags-Wahlkreise, dem Wahlkreise Frege, wird vom 1. Juli ab zugleich für den 11. Kreis mit einem neuen Parteiblatt erscheinen mit dem Titel „Volkzeitung“, Organ für die Interessen der werkschaffenden Bevölkerung im Rudolfsbühl und in den Anstaltsmännschaften Borna und Oshay. Das Blatt wird täglich erscheinen und wird gedruckt und herausgegeben von der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ unter der Redaktion des Genossen Schöpflin.

Genosse Schöpflin ist auch von einer Vertrauensmännerversammlung des 14. Kreises als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt worden.

Versammlungen.

Die Große Berliner Straßenbahn und ihre Arbeiter. Eine stark besuchte Versammlung der in den Hauptwerkstätten der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft beschäftigten Arbeiter tagte Montagabend im Lokal „Morienbad“ in der Woblfahrt. Die Vorgesetzte dieser Versammlung ist folgende: Auf Veranlassung der Metallarbeiter-Gewerkschaft hatten sich die Arbeiter der Hauptwerkstätten bereits am 29. April mit einer eingehenden Forderung ihrer mißlichen Lage befaßt. Danach werden die Handwerker daselbst mit 35 Pf. und die Hilfsarbeiter mit 27 1/2 Pf. Stundenlohn eingestellt, der bei ersteren stufenweise nach 10 Jahren auf 45 Pf., bei letzteren nach 7 Jahren auf 35 Pf. steigt. In letzter Zeit geniert es die Betriebsleitung jedoch nicht, sogar Handwerker mit 30 Pf. und Hilfsarbeiter mit 25 Pf. Stundenlohn einzustellen. Die Lohnzahlungen erfolgen monatlich mit wöchentlichen Vorschubleistungen von 10 bis 15 Pf.; auch herrschen in dem Betriebe noch Mißstände anderer Art. — Demnach wurde beschlossen, an die Direktion der Großen Berliner eine Petition zu richten, in welcher unter Hinweis auf die schwierigen Erziehungsverhältnisse der Arbeiter höflich um eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Mann und Stunde, sowie um wöchentliche Lohnzahlungen gebeten wurde. Außerdem wünschten die Arbeiter eine bessere Ventilation besonders in der Unter-Reparaturwerkstatt. — Zweck mündlicher Verhandlung mit der Betriebsleitung hatte man gleichzeitig eine Kommission gewählt, deren heutiger Bericht den Mittelpunkt des Interesses bildete. W o r b s und V i r n b a c h e r als Kommissionsmitglieder führten an: Von den 560 Werkstättenarbeitern hätten 514 die Petition unterzeichnet, die alle mit Spannung einer Antwort der Direktion entgegensehen. Um eine Unterhandlung herbeizuführen, sei aber erst ein zweites Schreiben nötig gewesen. Hierauf seien fünf Mann der zwölfgliedrigen Kommission zum Herrn Obergericht Peiser beiderlei worden. Als diese die Wünsche der Arbeiter nochmals vorgetragen hätten, sei die erbetene, so überaus beschwerliche Lohnherabsetzung ruidweg von ihm abgelehnt worden, weil in anderen Betrieben angeblich auch kein höherer Lohn gezahlt würde. Erst nach langem Hin und Her habe er sich bereit erklärt, noch einer Frist von 6 Monaten eine Zulage von 2 1/2 Pf. zu befrworten. Dem Entschluß um wöchentliche Lohnzahlung habe der Obergericht Peiser stattgegeben. Eine bessere Ventilation habe er für über-

flüssig und unpraktisch erklärt. Den Hinweis auf mehrere durch den schädlichen Dunst erkrankte Arbeiter habe er mit der Bemerkung abgethan, die Leute seien wohl schon vorher krank gewesen. (Alle eingestellten Arbeiter werden von einem Oberstaatsarzt genauestens untersucht.) Der Wunsch, einen Arbeiterauschuss für den Betrieb einzuführen, sei ebenfalls von ihm abgelehnt mit der Motivierung, die Arbeiter könnten ihre Wünsche und Beschwerden ja einzeln und persönlich vorbringen. Eine Entfremdung des unteren Genossenstriches wurde in Aussicht gestellt. Als dann aber auf die erfolgten Neueinstellungen von Handwerkern zu 30 Pf. und Arbeitern zu 25 Pf. Anfangslohn hingewiesen wurde, erwiderte Herr Peiser sehr erregt, dies ginge niemand etwas an, er lasse sich keine Vorwürfe machen, wenn es nicht passe, könne gehen.

Wie wenig Verständnis für die sociale Lage der Arbeiter bei den Herren der Betriebsleitung vorhanden sei, könne man auch aus einigen Bemerkungen des Ingenieurs Wille entnehmen. Dieser Herr stellte sich ganz erlaucht darüber, daß die deutschen Arbeiter mit den hier gezahlten „hohen“ Löhnen nicht auskommen vermöchten. Chinesische Kulis z. B. stellten niemals Lohnforderungen, arbeiteten für acht Pfennig die Stunde, seien ebenso intelligent und ausdauernd wie hiesige Arbeiter und lebten dabei sehr glücklich!

Das Resultat der Verhandlungen war schließlich folgendes Angebot der Betriebsleitung: Die Handwerker erhalten eine Zulage von 2 1/2 Pf. pro Stunde zuerst nach halbjähriger, dann nach 2, 5, 10, 13jähriger Beschäftigung. Früher wurden die Zulagen nach 1, 4, 7, 10, 14 Jahren gewährt. Die Hilfsarbeiter erhalten Lohnaufseuerungen von 2 1/2 Pf. nach 1/2, 4, 7 Jahren. Früher nach 1, 4, 7 Jahren. Außerdem sollen wöchentliche anstatt der bisher üblichen monatlichen Lohnzahlungen eingeführt werden.

An der Diskussion beteiligten sich Dannenberger, Wiesner, Cohen und Edelmann. Alle bedauerlich lebhaft, daß die Arbeiter in jenem Betriebe so mangelhaft organisiert seien. Dies sei auch der Grund, weshalb man keine klipp und klare Forderung gestellt, sondern die Form der Petition, des Bittens gewählt habe. Wie wenig man damit den Unternehmern zu imponieren vermöge, das zeige die Behandlung der Kommission und das noch weniger wie geringfügige Resultat der Verhandlungen. Sämtliche Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution angenommen dahingehend, daß die Versammlung mit Bedauern Kenntnis nimmt von der Ablehnung der minimalen Forderungen durch die Betriebsleitung und wird die Kommission beauftragt, jetzt bei der Direktion selbst und nicht mehr bei der Betriebsleitung dieserhalb vorstellig zu werden.

Ueber die Schungese der Bäckerei-Arbeiter und deren Gegner referierte der Reichstags-Abgeordnete A. Hebel Dienstagmorgen in einer stark besuchten, öffentlichen Bäckerversammlung bei Keller, Köpenicker 29. Der Referent verwies darauf, daß die derzeitigen Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik noch weit schämmere Mißstände zu Tage gefördert haben, als sie vordem in den verschiedenen Broschüren behauptet, von den Gegnern aber als übertrieben bezeichnet wurden. Trotzdem sei die Bäckerei-Verordnung, die in vielen Punkten durchaus ungenügend ist, bei den Unternehmern dem heftigsten Widerstand begegnet und ist alles versucht worden, die Verordnung aufzuheben oder deren Bestimmungen wenigstens erheblich einzuschränken, so daß sie gänzlich bedeutungslos wären. Das Bestreben der Bäckereimeister hat im Reichstags viel Unterstützung gefunden. Nicht nur die Konservativen, sondern die Parteien bis hinüber zu Eugen Richter wollten eine Abänderung herbeiführen, so daß es lediglich die Sozialdemokratie war, die für die Regierungs-Verordnung eintrat, trotz der mannigfachen Mängel derselben, nur um eine Verschlechterung zu verhindern. Ebenso wie von der Sozialdemokratie ist schließlich auch von allen Gewerbeinspektoren ausnahmslos erklärt worden, daß die Verordnung bei einigen guten Willen der Unternehmer sehr wohl durchführbar ist. Der Redner, der auch auf die Arbeiterbestimmungen in anderen Ländern hinwies, die verschiedentlich viel einschneidender und wirksamer sind, beleuchtete sodann in eingehender Weise die Notwendigkeit der Organisation, durch die die Arbeiter im Stande sind, die Unternehmung zur Innehaltung der Verordnung zu zwingen und die jetzt noch bestehenden standstilligen Zustände zu beseitigen.

Den Ausführungen des Referenten, die oftmals durch stürmische Zustimmungslaudgebungen unterbrochen wurden, folgte eine längere Diskussion im Sinne des Referats und der nachstehenden, einstimmig beschlossenen Resolution: Die versammelten Bäder Berlins erklären zum wiederholten Male, daß die Bundesrats-Verordnung vom 4. März bei weitem nicht geeignet ist, die Gesundheit der Bäder-Arbeiter auch nur in der notdürftigsten Weise zu schützen. Zum Ueberflus wird diese Verordnung auch nicht einmal eingehalten. Die Kontrolle der Polizei ist eine mehr als laue. Die Verstärkungen für Liebertragungen sind nur allzu geringe. Darum fordern die Versammelten von neuen, Fachleute zur Kontrolle der Bäder-Schulgese heranzuziehen, ferner einen Erlaß sanitärer Schutzbestimmungen, die immer noch in den Ministerien liegen. Im weiteren protestieren die Versammelten gegen die Verschlechterung der Sonntagsruhe, die den Arbeitern Mehrarbeit und Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen gebracht hat. Da die Versammelten jedoch der Ansicht sind, daß sich die Behörden ihren Ver-

pflichtungen, die Gesundheit der Arbeiter zu schützen, systematisch entziehen und nur für den Schutz des Profits der Unternehmer sorgen, so verpflichten sie sich, sämtlich der Organisation, dem deutschen Bäderverbande, beizutreten, um sich durch die Macht der Selbsthilfe die Freiheit, die Familie, die Beseitigung der Nachtarbeit, bessere Löhne, den zehn- und später den achtstündentag zu erzwingen.

Welchen Standpunkt muß der moderne Arbeiter zur Alkoholfrage einnehmen? lautete das Thema einer öffentlichen Volksversammlung, die am 22. d. M. im Hofjäger-Palast, Gassenstraße, stattfand. Der Referent, Genosse Dr. V. Bernstein, beleuchtete die Alkoholfrage vom hygienischen und ökonomischen Standpunkte aus, schilderte die schweren physischen und sittlichen Schäden des Alkoholgenußes und zeigte an der Hand leichtfaßlicher Beispiele, wie unökonomisch derjenige handelt, der des flüssigen Brotes dem aus Mehl bereiteten vorzieht, es den Versammelten überlassend, ihren Standpunkt zur Alkoholfrage nach ihrer modernen Anschauung selbst zu bestimmen. Dr. Otto Juliusburger, Mäurer, Gasse, Jacobson präzisieren diesen Standpunkt näher und liehen ihre Ausführungen dahin ausklingen, daß die „moderne“ Arbeiterschaft eine Diskussion mit den Alkoholgegnern scheue, was ihnen der stets schwache Versuch der Versammlungen beweise. Nachdem noch Gen. Fülle und Mäurer einige Entzählungen des Gen. Müller, der die Führer der sozialdemokratischen Partei für die Haltung der Arbeiter in der Alkoholfrage verantwortlich machte, richtig gestellt bezw. zurückgewiesen hatten, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Frauen im Segment. Die am Mittwochabend bei Müller in Reinickendorf eubersene Mitgliederversammlung wurde aufgelöst. An der Versammlung nahmen 42 Parteigenossen und 14 Frauen teil. Die Frauen hatten an einem besonderen Tische Platz genommen, der, in Ermangelung einer besseren Einrichtung, jedem Auge sichtbar, von dem Versammlungsraume durch eine Leine abgetrennt war. Der Vorsitzende, Genosse Otto, eröffnete die Versammlung und forderte die Anwesenden auf, das Andenken des verstorbenen Genossen Gerstenberger durch Erheben von den Plätzen zu ehren; was auch geschah. Als darauf Genosse Otto zur weiteren Verhandlung schritt, forderte ihn der Gendarm auf, dafür zu sorgen, daß die Frauen den Saal räumen. Genosse Otto wies auf den bekannten Erlaß des Ministers des Innern hin, wonach den Frauen der Besuch von Vereinsversammlungen gestattet wäre, sofern sie — wie hier — einen gesonderten Raum inne hätten und sich an den Verhandlungen nicht beteiligten, und fragte den Gendarm, ob ihm denn dies nicht bekannt wäre. Vergeblich — der Gendarm löste die Versammlung auf. — Gegen diese widerrechtliche Auflösung ist Beschwerde erhoben. — Diese Versammlungsauflösung ist übrigens nur ein Glied in der Kette polizeilicher Maßregeln, die seit kurzem gegen uns (insbesondere gegen die Parteigenossen im Westen) angewandt werden. — Daß unsere Maßfeier in beiden Ortsteilen gehindert wurde, ist seiner Zeit berichtet worden. Kam ist auch die Wirtin des Festlokals, in dem die Maßfeier für West abgehalten werden sollte, mit 30 M. in Strafe genommen, wegen Duldung eines nicht genehmigten Vergnügens, auch ist ihr die sonntägliche Tanzlaubnis um eine Stunde gekürzt, und als am zweiten Pfingsttage eine größere Zahl Genossen mit ihren Angehörigen im Lokal gemächlich beisammen waren, erschien um 12 Uhr abends die heilige Hermandad und gebot Feierabend, obgleich die Wirtin bis 1 Uhr nachts Konsens hat. Auch der Vorsitzende des Gesangsvereins soll wegen der Feier am 1. Mai 30 Mark Strafe zahlen. — Selbstverständlich ist wegen all dieser Vorposten der Beschwerdebeweg beschränkt.

Kranken-Unterstützungsverein der Tabakarbeiter (G. S. Nr. 88, Berlin). Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Feind, Reimstr. 11: Generalversammlung. Tagesordnung: Rechnungslegung, Abänderung der §§ 2, 3, 6, 7, 9 und 12 des Statuts.

Central-Kranken- und Begräbnisvereine für Frauen und Mädchen Deutschlands. Mittwoch, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 1: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Statutenänderung. 2. Wahl der Delegierten zu der am 27. Juli d. J. stattfindenden Generalversammlung zu Berlin. 3. Wahl eines Beirats zur Generalversammlung. 4. Verschiedene Anträge. Mitgliedsbuch legitimiert.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. (Bezirk Berlin.) Heute abend 9 Uhr in den „Reinickendörfer“, Romanendammstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. Juliusburger: „Zur Alkoholfrage“. Gäste willkommen.

Witterungsübersicht vom 27. Mai 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Emmendingen	763	W	4	wolfig	11	Saparanda	743	W	4	bedeckt	4
Darmstadt	764	W	4	Regen	13	Beiersdorf	765	W	3	wolffest	10
Berlin	765	W	4	wolfig	13	Wolf	765	W	3	bedeckt	12
Königsbrunn	767	W	2	wolfig	12	Überberg	768	W	3	wolffest	12
Wilmanns	768	W	3	heiter	12	Paris	768	W	3	wolffest	13
Wien	767	W	2	heiter	11						

Weiter Prognose für Mittwoch, den 28. Mai 1902. Mild, jedoch vorherrschend wolfig, mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden.

Theater.
Mittwoch, den 28. Mai.
Opernhaus. Gastspiel der Italienerinnen Oper. Aida. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Folgende auf Tour. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Unter blonden Bestien. Der Thor und der Tod. Paracelsus. Post festum. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Weber. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Al-Feldberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing. So leben wir. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wehen. Gasparone. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Großadmiral. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Coralle u. Cie. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Gastspiel der Schillerer. Der America-Gepp. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Cr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Geschlossen.
Carl Weib. Die Viper. Anfang 8 Uhr.
Secessionsbühne. Ein Abenteuer in den Blumenjäten. Hierauf: Ein geistlicher Schwiegersohn. Anfang 8 Uhr.
G. v. Wolzogen Dantes Theater (Auerbrett). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Secessionsbühne. Schöne Seelen. Kollegen. Anfang 8 1/2 Uhr.
Cepheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Lumpenackebundus, oder: Das liebesliche Kleeblatt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. (Moritz-Oper.) Der Troubadour. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Aphrodite. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Palast. Ven. Mit. Bey und sein orientalisches Zander. Ensemble. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Hochzeitsreise. Eublich. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Sittlicher Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Louisastr. 48/49. (Im Theaterjahr.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Operette.
Jubiläumskrahe 57/62. Täglich: Sternwarte.
Central-Theater.
Mittwochabend 7 1/2 Uhr: Zum 136. Male:
„Coralie u. Cie.“
Schwan in 3 Akte v. Albin Palabroque und Maurice Hennequin.
Morgen u. folgende Tage: **Carolle & Cie.**
Thalia-Theater.
Dresdenerstraße 72/73.
Anfang 8 Uhr:
— Gastspiel der Schillerer. —
Der America-Gepp!
Bancoposte mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Benno Rauchenegger.
Donnerstag und Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagabend zum erstenmal: Das Glöckchen vom Birkenstein.
Bei päntlicher Witterung: Grosses Garten-Konzert.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Unter blonden Bestien.
Romade in 1 Akt von Max Dreger.
Der Thor und der Tod.
Von Hugo v. Hofmannsthal.
Paracelsus.
Dramma in 1 Akt von Arthur Schnitzler.
Post festum.
Aufspiel in 1 Akt von Ernst Blücher.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Zwei Wappen.
Freitagabend 8 Uhr:
Unter blonden Bestien.
Der Thor und der Tod.
Paracelsus. — **Post festum.**
Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Viper.
Kriminal-Schauspiel in 7 Bildern von G. v. Weel.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Jeder Abonnent des „Berliner Lokal-Anzeiger“ erhält an der Kasse gegen Vorzeigung der Abonnements-entwertung ein numeriertes Parterre für 60 Pf.
Sonntagnachmittags 3 Uhr keine Freile:
Die Räuber.
Im Garten: Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr.
Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr. Moritz-Oper.
Der Wildschütz. Komische Oper in 3 Akten von Lortzing.
Donnerstag:
Heinrich Bötel.
Martha.
— Freitag: **Rigoletto.** —

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.
CASTANS Panoptikum
Friedrich-Strasse 165.
Nur noch kurze Zeit:
Das **Bärenweib!**
Neu! Riesenphotographien von Martinique, der vom Erdbeben heimgesuchten Insel in West-Indien.
Neu! **Der Boerenkrieg.**
Apollo-Theater
Täglich um 7 Uhr:
Grosses Garten-Konzert.
Um 8 Uhr:
8 vorzügl. Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Mit kolossalem Erfolg:
Paul Incke's Operette:
Lysistrata
mit dem Luftballett „Grigolalis“.
Im II. Akt: Der Flug durch den Zuschauerraum, ausgeführt von „Preciosa Grigolalis“.
— Kassenöffnung 7 Uhr. —

Passage-Panopticum.
Die Seejungfer.
Annoita, ältworte Schönheit.
Der Tigerkahn, seltsamste Abnormität.
Von 4 Uhr nachmittags halbstündlich:
Damen-Ringkampf.
Casino-Theater
Lothringersstr. 37.
8 Uhr glänzender Erfolg!
„Hochzeitreise“ „Endlich“.
6 erstklassige Spezialitäten.
Sonntagnachmittags 4 Uhr: **Extra-Gala-Vorstellung.**
Anf. Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.
Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
16 Elite-Nummern.
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Täglich:
Ostbahn-Park.
Am Kästrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Belle-Alliance-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr: Zum 157. Male:
Die Dame aus Trouville.
Schwan mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Mizzi Birken. Rosa Marton.
Ferd. Worms. — H. Wernicke. Hierauf: „Gr.“. Lebensbild in 1 Akt. — Morg.: Dieselbe Vorstellung.
Schall und Rauch
(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Mittwoch, 28. Mai, abds. 8 1/2 Uhr:
Serenissimus-Zwischenspiele
Gastspiel von Emanuel Reichler.
Der Fall Monocel. Schöne Seelen. Kollegen.
W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Täglich:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Nord und Süd.
Operette in 1 Akt von Rob. Vindner.
Wufft von Richard Thiele.
Im Saal: **Tanzkränzen.**
Wintergarten.
Heute:
Das neue Mai-Programm!
Interessant!
Amüsant! Sensationell!
Buss' Salon u. Stichbierhalle, Gr. Frankfurterstr. 85.
Jeden Sonntag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag, Saal nebst Garten an Beeche zu Beständen an Sonnabenden.
38279 Otto Theel.

Lokales.

Wederlicher Monarchismus.

Von Zeit zu Zeit, so in Abständen von drei Wochen etwa, ehet die gutgemeinte, auf strengen Monarchismus gerichtete Presse den Kaiser durch eine Leutsele-Anekdote. Gewöhnlich ist ein gemeiner Soldat Objekt der nicht gerade durch Originalität ausgezeichneten Erzählung; zuweilen überrascht der Kaiser den jungen Artilleristen mit dem Viehchen im Arm, zuweilen prüft er dessen Gießesgegenwart beim Postenwechsel oder bei sonst einer dienstlichen Gelegenheit. Hin und wieder ist aber auch ein Zivilist Gegenstand der Leutsele-Anekdote. Wir sind in militärischen Dingen zu wenig bewandert, um wissen zu können, durch welche Mittel man in der Armee das Ansehen des Monarchen hebt; soweit aber der dunkle Sold nicht in Frage kommt, fällt uns bei den zum höheren Studium des Kaisers zum besten gegebenen Anekdoten immer die Ungeheuerlichkeit des Arrangements auf. Es ist, als wollten die Verfasser solcher Geschichten das Zeitalter des alten Fritz auf ihre Weise kopieren und nicht vom Wesen eines modernen Monarchen ein Bild geben.

Die neueste in dieser Art typische Kaiseranekdote spielt auf der Saalburg. Dort wird gerade im Beisein Wilhelms II. ein alt-römisches Horn gefunden. Der Kaiser möchte hören, welche Töne es von sich gibt und da zufällig ein früherer Militärtrumpeter unter den Arbeitern ist, wird dieser von einem Obrist Jacobi zum Blasen herbeigeholt. Nachdem dann geschillert worden, wie zuerst der Arbeiter und dann der Kaiser — ohne das Horn abzuwaschen, wie berichtet wird — vergeblich versucht hat, dem Instrument Harmonien zu entlocken, fährt die Erzählung wörtlich fort:

„Der Kaiser gab das Horn an Herrn Obrist Jacobi zurück und schenkte dem Arbeiter eine Cigarre, die dieser sorgfältig in seinem Mantel verborg. „Bist Du nie rauchen?“ fragte der Kaiser. — „Nein, Majestät.“ — „Warum nicht?“ — „Die heb' ich mir auf als Andenken, die wuß' ich meiner Frau und meinen Kindern zeigen, Majestät.“ — „So,“ erwiderte der Kaiser, „da wird aber nichts draus, mein Junge; die Cigarre steckst Du Dir jetzt an — hat einer der Herren Feuer?“ — (Das ganze Gefolge fährt in die Tasche, und ein General entzündet ein Schwedisches, das er dem Arbeiter reicht.) „So, so, sie brennt ja ganz schön, und hier hast Du eine zweite, die kannst Du meinerwegen als Andenken aufbewahren.“ Sprach's und verabschiedete sich dankend von dem Arbeitmann.“

In dem mit zwei Cigarren bedachten Arbeiter in der Anekdote haben wir es mit einem gedienten Soldaten, mit einem Mann mindestens Ende der Zwanziger zu thun. Er ist, da man wohl annehmen darf, daß er sich die bürgerlichen Ehrenrechte durch kein Verbrechen verschert hat, Wähler zum Reichstag, zum Landtag und zur Gemeindekörperschaft und genießt sonst alle staatsbürgerlichen Rechte, die den vor dem Gesetz ausnahmslos gleichen und von Standesunterschieden befreiten Preußen so häufig auf dem Papier serviert werden. Ferner ist der erwähnte Arbeiter Familienvater; er hat in dieser Eigenschaft sein gutes Stüd Geld an Steuern, Pöllen und Verbrauchsabgaben zu zahlen und darf mithin von sich sagen, daß er zu den Lasten des Staates, zur Ernährung der Armee u. sein wohlgeordnetes Teil beiträgt. Mit einem Wort, er hat das vom Standpunkt der staatsbehaltenden Presse aus gar nicht hoch genug einzuschätzende Glück, Bürger des geeinten, freien Deutschen Reiches zu sein; und da es heute schwerlich einen Arbeiter gibt, der nicht in Versammlungen und durch Zeitungen über seine staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten unterrichtet wäre, so weiß er auch jedenfalls, was das zu bedeuten hat.

Diesen Mann nun läßt der Verfasser der Anekdote die Rolle eines unentwickelten Schuljungen spielen. Er steht stramm vor dem Kaiser und der Monarch, der seine Umgebung und die andern in der Anekdote auftretenden Personen gegenseitig mit „Meine Herren“ und „Sie“ anredet, sagt zu dem Arbeiter: „Staatbürger mit völlig immolierter Beharrlichkeit, Du“. Der Kaiser weiß schon vermöge seiner Gymnasialbildung, wie er auch mit solchen Leuten, die nicht im Verhältnis eines Lokalen zu ihm stehen, umzugehen hat, und unendlich wird eine Unterhaltung zwischen ihm und einem Arbeiter sich daher in den vom Anekdotenschreiber geschilderten Formen abspielen haben. Wozu also das beherrschende Duzen in der Anekdote? Heutzutage ist in Deutschland auch der einfache Arbeiter, selbst wenn er noch nicht das Glück gehabt hat, durch die Sozialdemokratie belehrt zu sein, in Bezug auf die Behandlung seiner Person ebenso empfindlich wie die Angehörigen anderer Gesellschaftsschichten und ebenso wie diese fähig er sich getroffen, wenn er, dazu noch zum Unterschied von andern Leuten, mit „Du“ angeredet wird. Zu Gunsten des Anekdotenschreibers nehmen wir daher an, daß er nicht bedacht hat, einen wie schlechten Dienst er dem Monarchen und der Monarchie leistete, als er in seiner Beherrschung den Kaiser jenen Mann in der bestmöglichen Weise ansprechen ließ. Wer als Arbeiter die Geschichte liest und sie für bare Münze nimmt, wird in seinen monarchischen Gefühlen, soweit er überhaupt solche bei sich trägt, jedenfalls nicht befestigt werden. Wie haben ja kein Interesse an der Erhaltung dieser Gefühle und daher läßt uns die Anekdote an sich überaus lächeln. Wohl aber glauben wir an ihrer Fassung einmal zeigen zu müssen, wie ungeschickt jene guten Leute sind, die in monarchischen Burgelbäumen sich jeden Tag überschlagen, wie wenig sie in ihren klumpigen Monarchenverherrlichungen den Ton der Volkstümlichkeit zu treffen wissen.

Dritter Wahlkreis. Donnerstag, den 29. d. M., abends 8 Uhr, Versammlung des Wahlkreises in der „Resourcé“, Kommandantenstraße 57. Tagesordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Max Schippel über: „Die agrarische Obstruktion und der Brüsseler Zuckervertrag“. Außerdem Disposition. Den Frauen ist die Galerie reserviert. Der Vorstand.

Zwei neue städtische Irrenanstalten. Die städtische Deputation für die Irrenpflege beschloß sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Antrage, „zwei neue Irrenanstalten zur Aufnahme pflegebedürftiger Kranker zu errichten“. Vor einigen Jahren genigte für Berlin die Anstalt Dalldorf noch vollständig zur Aufnahme der städtischen, einer Anstaltspflege bedürftigen Kranken. Als sich dann eine Zunahme dieser Kranken bemerkbar machte, wurde Dalldorf, wo jetzt durchschnittlich rund 3000 Jere und Idioten behandelt werden, vergrößert und Herzberge gebaut. Auch diese Anstalt, die sich in Lichtenberg befindet, mußte bald vergrößert werden. Es werden dort durchschnittlich rund 1800 Kranke behandelt, davon befinden sich fast eine geringere Zahl in Familienpflege und in Privatanstalten. Eine dritte, bedeutend größere Anstalt ist in Aussicht an der Stettiner Eisenbahn im Bau begriffen. Sie geht in nächster Zeit ihrer Vollendung entgegen. Da sich in der letzten Zeit die Anmelddaten geisteskranker, einer Anstaltspflege bedürftiger Personen vermehrt haben und eine Abnahme kaum zu erwarten ist, so hat die Deputation für die städtische Irrenpflege beschlossen, den Gemeindebehörden den Bau von zwei neuen Irrenanstalten vorzuschlagen und diesen Antrag

damit zu begründen, daß die Irrenanstalt auch nicht genügt, auf Jahre hinaus die steigende Zahl von geistes- und pflegebedürftigen Personen aufzunehmen.

Der Abriss der Häuser, an deren Stelle das neue städtische Verwaltungsgebäude später errichtet wird, sollte nach einer Zeitungsmitteilung noch in diesem Monat vollendet sein; auch sollte im übrigen der Neubau rüstig vorwärts schreiten. Diese Nachricht trifft nicht zu. Der Abriss wird noch den ganzen nächsten Monat andauern, und der Neubau an der Seite der Klosterstraße lag gestern vorläufig ganz still; nicht ein Maurer wurde beschäftigt. Am Ende müssen erst wieder Gipsmodelle für die nunmehr zu bauenden Kellereisen angefertigt werden. Das ist ja die bekannte städtische Art, für Arbeitslosigkeit zu sorgen. Nur so keine Uebereilung.

Es bleibt alles beim Alten. An der Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer von den Einkommen zwischen 600 und 900 Mark wird bekanntlich von einer aus Freisinnigen bestehenden Mehrheit der Stadtdirektoren-Versammlung „aus Prinzip“ hundert festgehalten. Der im letzten Winter von der sozialdemokratischen Fraktion erneuerte Versuch, einen endlichen Verzicht auf diese „Biermärker-Steuer“ durchzusetzen, ist leider auch diesmal wieder gescheitert. Das einzige, wozu man sich herbeiließ, war eine Verlesung auf das Jahr 1903; bis dahin aber — und wahrscheinlich noch länger! — bleibt es beim Alten. Merkwürdigerweise ist aber auch in Bezug auf die Veranschlagung der „Biermärker“ über ihre Steuerbelastung immer noch nichts geändert worden. Wiederholt ist gefordert worden, daß auch diese kleinsten Steuerzahler, wenn sie durchaus zur Entlastung ihrer Steuer herangezogen werden sollen, eine schriftliche Mitteilung erhalten — genau so, wie jeder andre Steuerzahler. Aber eine Veranschlagung der „Biermärker“ ist in diesem Jahre ebenso wenig erfolgt wie in den früheren Jahren. Auch in dieser Beziehung ist alles beim Alten geblieben. Nach wie vor begünstigte sich die Steuerverwaltung mit einer öffentlichen Auslegung der Listen der „Biermärker“, nur daß die Auslegung diesmal nicht schon im Februar vor Beginn des neuen Steuerjahres, sondern erst jetzt im Mai bewirkt worden ist. Dementsprechend läuft auch die Frist für etwaige Berufungen diesmal erst mit dem 30. Juni ab. Die Listen liegen bis einschließlich 2. Juni in den Büros der Steuerverwaltung Spandauerstr. 16/17 täglich von 9 bis 1 Uhr aus.

Verwandschaft. Dem städtischen Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhaus haben die verstorbenen Rentner Wilhelm Bothe und Karl Theodor Wilhelm Köpcke je 3000 Mark testamentarisch mit der Bestimmung zugewendet, daß die Zinsen von 3000 M. zur freien Behandlung und Verpflegung armer Kinder verwendet werden. Die restlichen 3000 M. sind dem Krankenhaus ohne Zweckbestimmung zur freien Verwendung vermach. Der Magistrat wird die Stadtverordneten-Versammlung um die Zustimmung zur Annahme der beiden Legate ersuchen.

Des Kaisers Lieblingsblume. Wilhelm II. will am 19. Juni nach Wien besichtigen. Um der Loyalität des monarchisch gesinnten Teils der Bevölkerung einen deutlich erkennbaren Ausdruck zu geben, sollte nach dem Vorschlag eines Patrioten jedermann, der den Kaiser empfangen helfen wollte, eine rote Kelle im Knopfloch tragen. Denn die Meldung des „Berliner Lokal-Anzeigers“, wonach die rote Kelle die Lieblingsblume des Kaisers ist, ist bereits bis in die Rheinlande gedrungen. Der vorgeschlagene Blumenkranz wäre sehr schön gewesen, aber nun hat sich, wie das „Berl. Ztbl.“ meldet, der Polizeipräsident von Wien, durchs und mit aller Bestimmtheit gegen das Tragen der roten Kelle erklärt. Offenbar kollidiert der Polizeipräsident ganz richtig, daß die Sozialdemokraten sich in ihrer alten Gewohnheit, rote Kellen zu tragen, auch heute noch nicht beirren lassen und daß daher die Vöde von den Sankten, die Noten von den Schwarzen und Blauen am Tage des Monarcheneinzugs nicht ordentlich unterschieden werden können.

Interessante Schalldämpfungs-Versuche fanden dieser Tage auf Veranlassung der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske innerhalb des Gleisfeldes der Hochbahn statt. Um das Jägergeräusch abzumildern, hat ein Techniker eine sogenannte „taube Schwelle“ konstruiert, welche eine längliche Schachtel aus Eisen darstellt. Diese Hohlschwelle wird unter die Schienen gelegt und in die Sandschüttung eingelassen. Da die unmittelbare Befestigung der Schienen auf den Unterbau dabei vermieden und der Schall durch den Hohlraum wesentlich gedämpft wird, so würde sich ein Versuch mit der „tauben Schwelle“ wohl empfehlen, wenn der Ausführung sich nicht Schwierigkeiten konstruktiver Art entgegenstellten. Ob diese zu beheben sein werden, sollen die weiter anzustellenden Versuche lehren. Ebenjotig wüßte eine elastische Auflagerung der Schienen auf Langschwellen von Holz, auf welche die Fahrstienen in Abständen von dreiviertel Meter aufgelegt wird. Die zunächst auszuführenden Versuche zur Dämpfung des Jägergeräusches in der Gütlichstraße und am Halleschen Thor sollen auf diesem System bewirkt werden. Das Material ist bereits in Bestellung gegeben, so daß voraussichtlich in einigen Wochen mit dem Einbau der Langschwellen wird begonnen werden können.

Hunde als Straßenbahn-Passagiere. Auch auf den städtischen, nominell der Firma Siemens u. Halske gehörenden Straßenbahnlinien werden vom 1. Juni ab für Hunde 10 Pfennig Fahrgebu erhoben. Größere Hunde, auch Jagdhunde, werden überhaupt nicht in den Wagen zugelassen.

Zwei Straßenbahnunfälle ereigneten sich gestern durch die Unvorsichtigkeit der Verunglückten. Am Vormittag verlor ein Herr vor dem Hause Berlinerstraße 193 in Rixdorf einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu besetzen. Er glitt vom Krillbrett ab, fiel zu Boden und geriet unter einen Arbeitswagen. Die Räder des schweren Gefährts gingen über den Anglücklichen hinweg, dem die rechte Hand zermalmt und außerdem noch innere Verletzungen zugefügt wurden. Der zweite Unfall ereignete sich gegen 12 Uhr nachts in der Rudowerstraße in Brigg. Ein Zweiradfahrer fuhr unmittelbar hinter der Hintereisen eines Siedringwagens der südlichen Vorortbahn und bog unmittelbar vor einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Motorwagen über das Nebengeleise. Der Radfahrer fiel mit seiner Maschine gegen die Vorderplattform des Kraftwagens und wurde zur Seite geschleudert. Er erlitt außer erheblichen Wunden am Kopf auch schwere innere Verletzungen. Die beiden Verunglückten wurden besinnungslos ins Krankenhaus Brigg gebracht. Ihre Personalien konnten infolgedessen bisher nicht festgestellt werden.

Gestohlene Cigarren. Durch echte Importen verraten wurde der Kellner Max Kramer aus Grimmen, als er eine „Sore“ verschärfen wollte. Kramer kam gestern zu einem Trödler und bot ihm 600 Cigarren verschiedener Sorten zum Kaufe an. Der geringe Preis von 12 M., den er verlangte, fiel dem Trödler auf, da er unter der Ware auch echte Importen erkannte. Am den Mann noch weiter auf die Probe zu stellen, bot er ihm nur 4 M., und als er sich auf hiermit aufrieb erklärte, da er Geld brauche, schickte er zur Polizei und ließ ihn festnehmen. Es stellte sich heraus, daß die Cigarren von einem Einbruch herrührten, der in der Nacht zum Sonntag im Porzellanrestaurant zu Sildende verübt wurde und bei dem die Diebe 2000 Stüd erbeuteten. Der Verhaftete ist wegen Diebstahls schon vorbestraft.

Der Wohnungsschwindler und Dieb, der mit großer Dreistigkeit seit einigen Wochen in dem Westen Berlins sowie Char-

lottenburg und Schöneberg sein Unwesen getrieben hat, ist nunmehr verhaftet und als Untersuchungsgefangener in das Charlottenburger Gerichtsgewand eingeliefert worden. Er wurde als der erste angehehelter Berliner Familie angehörende Kaufmann Hans Lemke, im Jahre 1879 zu Berlin geboren, festgestellt. Lemke hatte in der Waisenherstraße, wieder für seinen „Freund“, eine Wohnung gemietet, sich aber dann schnell verabschiedet, als eine Uhr, die er der Vermieterin gestohlen hatte, aus seiner Kassettschloße auf den Boden herabfiel. Zufällig suchte die Vermieterin kurz darauf eine gleichfalls in der Waisenherstraße wohnende Bekannte auf, die möblierte Zimmer vermieten wollte. Sie traf dort mit Lemke zusammen, der sie nicht sofort wiedererkannte, sich als Oberlieutenant vorgestellt hatte und gerade im Begriffe war, eine goldene Kette, in deren Nähe er sich in auffälliger Weise zu schafften machte, zu entwenden. Es gelang, den Gauner noch kurze Zeit hinzuhalten, bis die inzwischen benachrichtigte Kriminalpolizei ihn in Guspang nehmen konnte. Zwanzig Diebstahlsfälle hat Lemke, der in der letzten Zeit nur in Hotels wohnte, bereits zugegeben. Einmal war er schon vor kurzem seiner Verhaftung nur mit knapper Not entgangen. Er wollte bei einem Berliner Pfandleiher eine gestohlene Uhr verpfänden. Dem Pfandleiher kam die Sache verdächtig vor und er sagte im Nebenzimmer zu einem Dienstmädchen, es solle einen Schuhmann herbeiholen. Dies hatte Lemke gehört, der dann mitunter Zurücklassung der goldenen Uhr sofort die Flucht ergriff und entkam.

Wegen Stillschließungsvergehens wurde gestern der 83 Jahre alte, aus Wien gebürtige Kellner Anton Lamber, welcher Stallherstraße 127 wohnt, in einer Landenkolonie nahe dem Tempelhofer Felde festgenommen. Lamber soll sich Schulkindern gegenüber, die dort spielten, unzüchtiger Handlungen schuldig gemacht haben, wobei er von einem Schlächtergesellen überfallen wurde.

Selbstmord nach einer elterlichen Richtigstellung verübte die 16 Jahre alte Schneiderin Charlotte Spreewitz aus der Tempelinerstraße 13. Das Mädchen ging am Sonntag vor vierzehn Tagen ohne Erlaubnis der Eltern zum Tanz und ließ sich abends spät von einem jungen Manne nach Hause bringen. Frau Spreewitz stellte deshalb ihre Tochter zur Rede und gab ihr ein paar Ohrfeigen. Am nächsten Morgen ging das Mädchen zur gewohnten Zeit von Hause weg, aber nicht zur Arbeit, sondern in den Humboldthafen. Dort fand ein Stromarbeiter gestern die Leiche des Mädchens.

Zu den Tod gerabelt ist gestern, Dienstag, vormittag der 24 Jahre alte Kaufmann Gustav Diller aus der Rosfelderstraße 7. Als er übermäßig schnell von der Hensburger- in die Klopffeldstraße einbog, geriet er unter einen von dem 29 Jahre alten Kutscher Hugo Buschmann aus der Lüneburgerstraße 26 geführten Arbeitswagen, wurde überfahren und an der Stelle getötet. Augenzeugen geben nicht dem Kutscher, sondern dem Radler selbst die Schuld.

Die Berliner Rettungsgesellschaft hat an sämtliche Krankenhäuser Berlins und der Nachbargemeinden ein Rundschreiben gerichtet, in welchem sie bittet, daß vor Unterbringung eines Kranken in einem Krankenhaus jedesmal bei der Centrale angefragt wird, in welchem Krankenhaus ein Bett für den betreffenden Patienten verfügbar ist. Eine solche Anfrage ist auch für alle andern Fälle bei Unterbringung in Krankenhäusern anzuerkennen. In gleicher Weise bedarf die Empfehlung der Gesellschaft, nicht Stundenlang zu warten bevor ein Krankenhaus aufgesucht wird, dringend der Beachtung, da es sonst vorkommen kann, daß vorher als frei bezeichnete Betten in der Zwischenzeit von andern Patienten eingenommen werden.

Der Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität (Gau IX) hält am Sonntag, 15. Juni, im Rosditer Gesellschaftsraum, sein diesjähriges Gau-Fest ab. Das Fest wird durch Reigenfahrten, tumierliche Auführungen und Gesangs-vorträge so interessant wie angänglich gemacht. Wir zweifeln nicht daran, daß unsere Leser wie früher, so auch jetzt der Veranstaltung der Arbeiter-Radfahrer lebhaftes Interesse entgegenbringen werden.

Das bekannte Straßen-Fahrplanbuch „Berliner Wegweiser“ ist bei Georg Vowms jetzt in neuer Auflage erschienen. Das Buch hat dadurch an Wert gewonnen, daß alle Linien auch bildlich dargestellt sind und so dem Lesers genauer, als es bisher möglich war, über die Straßenbahn-Verbindungen unterrichten. Auch über die Omnibus-, Eisenbahn- und Dampfschiffs-Verbindungen enthält der Wegweiser das notwendige, ferner ist er mit einem Stadtplan und einer Karte der Umgegend Berlins ausgestattet. Der Preis des Büchleins beträgt jetzt 20 Pf.

Orgelkonzert. Den Orgelvortrag des Musikdirektor Otto Diemel in der Marienkirche am Mittwoch, den 28. Mai, mittags 12 Uhr, unterführen Hr. Adele Hein-Bollmann, Hr. Walter Pielmann, der Cellist Herr Paul Reumann und Herr Ad. Wolke. Der Eintritt ist frei.

Der Zoologische Garten hat mehrere bemerkenswerte Geschenke erhalten. Herr van Voss verbanlt der Garten drei *Rodilia* - *Albäl*, *Pycnonotus aurigaster* Vieill. aus Japan, einen Singvogel, der noch niemals lebend eingeführt worden ist. Er hat die Größe einer Drossel, ist grau mit schwarzer Gesichtsmaske und schön dottergelben Unterflügeldecken. Die sogenannten Vögelchen oder Kurzflügeldrosseln haben unter Drosseln ziemlich ähnlich, haben aber rundere Flügel und ein sehr weiches Rückengefieder. Diese können auch die Kopfbedeckung haubenförmig sträuben; alle jungen sehr häßlich und leben wie die Grasschnitten im Dusch und niederen Wald. Man kennt eine große Menge von Arten aus Asien und Afrika. Roblson ist der christliche Name für diesen Vogel. Fräulein Gretchen Weidemann, Burg bei Magdeburg, hat dem Garten eine *Campbell's* *Merula* geschenkt, eine dunkelgrüne, in der hinteren Oberhälfte schwarze Vögel mit heller Stirnbinde, welche *Merula* von Liberia herunter bis zur Goldküste bewohnt. Auch diese Art ist selten in den Zoologischen Gärten und darum sehr interessant.

Feuerbericht. Die letzten 24 Stunden weisen eine ganze Reihe von Alarmierungen auf. Dienstagmittag gegen 1 Uhr wurde die Wehr nach Weidenweg 10 gerufen, wo ein Scheitbrand befeuchtet wurde. Es stellte sich indes heraus, daß lediglich Fleisch in einem Kochtopf angebrannt war, weshalb die Wehr ohne weiteres wieder abrücken konnte. Kurz vorher hatten in der Steglitzerstr. 30 Kleingewerkschaften in einer Wohnung Feuer gefangen. Früh gegen 9 Uhr gingen in der Invalidenstr. 20 Gardinen, Wäsche u. in Flammen auf. In der Solmsstr. 38 mußte Montagabend ein Brand abgepöschelt werden, der den Fußboden und die Schloße ergriffen hatte, während in der Gerichtr. 57 in einer Wohnung ein kleiner Brand andeckommen war. Nach der Alexanderstr. 27a wurde die Wehr gerufen, weil sich hier in einem Drogenkeller ausgelassenes Petroleum entzündet hatte. Durch schnelles Eingreifen der Wehr konnte jedoch größere Gefahr abgewendet werden. Kleinere Brände wurden noch gemeldet aus der Stallherstr. 41, Steglitzerstr. 15, Schönebergerstr. 6 und Pallasstr. 16.

Aus den Nachbarrufen. Mit der Frage der Milderung der Wohnungsnot wird sich die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung nun endlich am Mittwoch nach fast zweijährigen Vorbereitungen in Deputations- und Ausschusssitzungen befassen. Das Sprichwort „Das lange währt, wird gut“ bewahrheitet sich in diesem Falle nicht, denn je länger die Vorbereitungen dauerten, desto mehr wurde das ursprüngliche Projekt verschlechtert, bis jetzt endlich ganz nichtige Anträge an das Plenum gelangen. Anträge, die bei der Bevölkerung den Anschein erwecken lassen, daß etwas zur Beseitigung der Wohnungsnot geschieht, während in Wirklichkeit alles beim alten bleiben wird und die Mieter nach wie vor schuldlos der Mißpflünderung durch die Hausagratie preisgegeben werden.

